

Registrierung No. 4. 1930

MÜNCHENER UNIVERSITÄTSREDEN

In Verbindung mit der Gesellschaft von Freunden und
Förderern der Universität
herausgegeben von Rektor und Senat

Heft 19

Bismarcks Friedenspolitik

von

Arnold Oskar Meyer



MAX HUEBER / VERLAG / MÜNCHEN 1930

Münchener Universitätsreden

- Heft 1. Leopold Wenger, Von der Staatskunst der Römer. M. 1.—
- Heft 2. Eduard Schwartz, Rede zur Reichsgründungsfeier der Universität München M. —.50
- Heft 3. Carl von Kraus, Walter von der Vogelweide als Liebesdichter M. —.50
- Heft 4. Jahrtausendfeier der Rheinlande von Leopold Wenger und Hermann Oncken M. 1.—
- Heft 5. Wilhelm Wien †, Universalität u. Einzelforschung M. 1.—
- Heft 6. Hermann Oncken, Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft M. —.80
- Heft 7. Wilhelm Wien †, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Physik M. —.60
- Heft 8. Karl Vossler, Politik und Geistesleben . . . M. —.90
- Heft 9. A. Sata, Letzte Wendungen des Japaner-Geistes, insbesondere der jüngeren Generation M. —.90
- Heft 10. Vinzenz Schüpfer, Die Bedeutung des Waldes u. der Forstwirtschaft für die Kultur im Wechsel der Zeiten. M. 2.—
- Heft 11. Carl von Kraus, Über Wolframs Parzival . . . M. —.75
- Heft 12. Hermann Oncken, Politik und Kriegsführung M. 1.50
- Heft 13. Oswald Bumke, Eine Krisis der Medizin . . . M. 1.50
- Heft 14. Vinzenz Schüpfer, Zur Geschichte des forstwirtschaftlichen Unterrichts in Bayern M. 1.20
- Heft 15. Oswald Bumke, Langemarck M. —.50
- Heft 16. Oswald Bumke, Die Grenzen der geistigen Gesundheit M. —.80
- Heft 17. Oswald Bumke, Ansprachen und Reden . . . M. —.90
- Heft 18. Eduard Eichmann, Staat, Religion, Religionsgesellschaften nach der neuen Reichsverfassung M. 1.—

Früher ist erschienen:

Karl Vossler, Die Universität als Bildungsstätte M. —.50

Karl Vossler, Das heutige Italien M. —.50

Bismarck's Friedenspolitik

Rede

gehalten bei der Reichsgründungsfeier der Universität München
am 18. Januar 1930

von

Arnold Oskar Meyer



MAX HUEBER / VERLAG / MÜNCHEN 1930

Copyright 1930 by Max Hueber, Verlag, München NW 12
Druck von Dr. C. Wolf & Sohn in München, Printed in Germany

Aus einem Feiertag der Freude, der einst der 18. Januar war, ist ein Gedächtnistag voll tiefen Ernstes geworden, aus einer stolzen Erinnerung eine Mahnung zur Einkehr und Selbstbesinnung. Weder in seinen äußeren Grenzen, noch in seiner inneren Verfassung, weder in Wirtschaft noch in Wehrmacht ist das Deutsche Reich von heute noch das Reich, das im Spiegelsaal zu Versailles gegründet worden und dann unter der weisen Leitung seines Gründers zur Vormacht Europas aufgestiegen ist. Es gibt unter den modernen Völkern kein zweites, dessen Geschichte so schneidende Kontraste aufwies wie die unsrige, und wiederum in unserer Geschichte gibt es keinen grausameren Gegensatz als den, der in der zwiefachen Erinnerung an Versailles beschlossen liegt. Einst: die Erfüllung, dann: die Verzweiflung.

Und wie dicht beieinander liegt beides, Gipfelhöhe und Abgrund! Die Spanne eines einzigen Menschenlebens hat beides umschließen können. Noch lebt unter uns, verehrt wie kein anderer, einer der Letzten, die am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal gestanden und in das erste Hoch auf Deutschlands Kaiser eingestimmt haben: damals ein junger Leutnant und Bataillonsadjutant, Mitkämpfer von St. Privat und Sedan, heute — der Präsident des Deutschen Reichs. Nie werde ich die Stunde vergessen, in der ich, vor acht Jahren, seiner Erzählung lauschen durfte. Wie die Erinnerung an den herrlichen Tag, bis in alle Einzelheiten lebendig, Hindenburg gleichsam verjüngte und hinaushob über die Kümmernisse der Gegenwart, wie er den alten Kaiser in seiner schlichten Würde noch einmal vor sich sah und Bismarcks feste Stimme hörte, wie dann nach dem Kaiserhoch die bayerischen Offiziere in nicht mehr zu haltender Begeisterung „uns Preußen“ umarmten und küßten — das hörte sich an wie eine Heldenjage aus ferner Vergangenheit. Und dann der Blick von den ersten auf die letzten Stunden des Deutschen Kaiserreiches — im Hauptquartier zu Spa —, die wiederum Hindenburg am Schauplatz selbst mitlebte und mitleid: dieses Bild, in all seinen düsteren Einzelheiten ebenso lebendig vor ihm stehend wie jenes andere in seinen leuchtenden Farben, dieser Gegensatz von Anfang und Ende, und Zeuge für beides derselbe Mann, leibhaftig neben

mir sitzend — das war, als er sinnend verstummte, im Innersten ergriffen, ein Stück Weltgeschichte, für dessen Pathos dem Historiker die Worte fehlen.

Gibt es eine Verbindung zwischen einst und jetzt, im Sinne von Ursache und Wirkung, etwa gar von Schuld und Sühne, wie die Franzosen es ansehen, deren dämonischer Haß die doppelte Bedeutung von Versailles geschaffen hat? Für sie ist der Zusammenhang klar. Nichts hat sie tiefer getroffen, als jene Feier, deren Gedenktag wir heute begehen. Sie, die seit Jahrhunderten von der deutschen Zwietracht gelebt, wie sie einst auch die Zwietracht zwischen England und Schottland, zwischen Kastilien und Katalonien, zwischen Spanien und Portugal genährt haben, sie mußten erleben, daß die deutsche Einheit im Prunksaale des stolzen Schlosses verkündet wurde, dessen Gemälde und allegorischen Gestalten ein einziger Hymnus auf die Ruhmestaten Frankreichs und seines Sonnenkönigs sind. So tief hat es sie getroffen, daß sie der geschichtlichen Wahrheit Schweigen befahlen: der Fremde, der den Spiegelsaal betrat und von der großen Stunde des 18. Januar zu reden wagte, bekam von den Aufsehern zu hören, jene Proklamation sei Legende, sei die Erfindung eines höfischen Historienmalers! Und als bald nach dem Zusammenbruch Deutschlands im November 1918 die Nachricht durch die Zeitungen ging, Frankreich fordere, daß der Friede im Spiegelsaal zu Versailles unterzeichnet werde, da fühlte es der Deutsche an dem Stich, der durch sein Herz ging, daß es für Frankreich kein Vergeben und kein Vergessen gibt.

In der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch, als zur Erniedrigung durch die Feinde die Selbsterniedrigung kam, da gab es Deutsche, die den Zusammenhang zwischen einst und jetzt wirklich so sahen, wie Frankreich wünschte, daß wir ihn sähen. Aus der Weimarer Nationalversammlung, die Deutschland eine neue Verfassung geben sollte, erhob sich die Anklage gegen den Reichsgründer: der Geist Bismarcks habe die Werte des Deutschtums verfälscht, von Bismarck stamme die Lehre, daß die großen Fragen dieser Welt durch Blut und Eisen gelöst würden; jetzt sähe man die Folgen dieser Lehre! Nur eins könne retten: Deutschland müsse die Idee des Rechts auf seinen Thron zurückführen! (1)

Anklagen wie diese, die mit billigen Schlagworten und tönender Phrase über Bismarcks Gesamtwerk das Urteil fällen, bildeten nur das Vorspiel zu dem Feldzug, der seitdem, also seit zehn Jahren, nicht

(1) Rede Walthers Schückings am 3. März 1919.



ohne Unterstützung aus den Reihen unserer Kriegsgegner, gegen das Andenken Bismarcks geführt wird. Er verfolgt das Ziel, den Satz von seiner Schuld am Zusammenbruch Deutschlands wissenschaftlich zu erweisen. Die Deutung der Vergangenheit soll zur Entlastung der Gegenwart dienen. Ziel und Mittel dieses Kampfes sind nicht neu. Es wiederholt sich hier mit überraschender Ähnlichkeit der geistigen Haltung, was Preußen nach Jena und Tilsit erlebte: wie damals die Federn sich rührten, um den eigentlich am Zusammenbruch Schuldigen in Friedrich dem Großen zu entdecken, so ging es jetzt von allen Seiten gegen Bismarck. Die Einen klagten seine Innenpolitik an: der stolze Bau seines Reiches habe seit Anbeginn an einem Konstruktionsfehler gelitten, habe dem demokratischen Zeitgeist widersprochen und sei deshalb von vornherein zum Einsturz verurteilt gewesen (1). Als ob der Zeitgeist damals nur demokratisch und nicht auch, ja vor allem, national gewesen wäre, und als ob Bismarck diese stärkste Kraft des Zeitgeistes für sein Werk nicht genutzt, dazu andererseits nicht auch von den demokratischen und sozialen Gedanken der Zeit ein reiches Maß in sich aufgenommen hätte! Als ob endlich die Machtfstellung Deutschlands in der Welt durch den Zeitgeist untergraben worden wäre und nicht durch die Folgen einer unglücklichen Außenpolitik!

Die Andern, die dies richtig erkannten, suchten daher nach Fehlern der Außenpolitik schon in Bismarcks Zeit. Doch da gingen die Meinungen anfangs so weit, so diametral auseinander, als sei von zwei verschiedenen Menschen die Rede. Die Einen sahen in Bismarck den Machiavellisten, der durch die Verbindung von Gewalt und Lücke Deutschland um das Vertrauen und die Sympathien Europas gebracht und eine Saat des Hasses gesät habe, die im Weltkrieg fürchterlich aufging. Den Andern war Bismarck der allzu vorsichtige, der zu früh erfolggefättigte Staatsmann, der aus übel angebrachter Friedensliebe alle Gelegenheiten zur weiteren Mehrung deutscher Macht versäumt, sein Werk unvollendet gelassen und damit der Zerstörung preisgegeben habe.

Nur selten hat der Streit der Meinungen um einen großen Staatsmann zu so ausgeklügelten und unausgleichbaren Antithesen des Urteils geführt, wie sie uns hier entgegentreten. Die höchste — schlechthin krankhafte — Überspannung der ersten These belastet erfreulicherweise nicht

(1) Joh. Ziekursch, Politische Geschichte des Neuen Deutschen Kaiserreiches. Bis jetzt 2 Bände. Frankfurt a. M. 1925—27. Val. die Besprechung von Mommsen, der ich ganz zustimme: Hist. Zeitschr. Bd. 134 (1926) S. 578 ff.

die deutsche Wissenschaft. Einem amerikanischen Historiker ist es vorbehalten geblieben, unter offener Einwirkung der Kriegspsychose ein Buch zu schreiben, das aus dem Friedenspolitiker Bismarck einen Giftmischer und gewissenlosen politischen Abenteuerer macht. Aus der glücklichen Beschwörung der Kriegsgefahr von 1887, der schwersten aller Krisen, die den Weltfrieden zwischen 1871 und 1914 bedroht haben, wird eine „verräterische Intrige“ Bismarcks gegen Rußland, mit dem Ziele, seine Aktionsfreiheit zu lähmen, wird der mißlungene Versuch, das friedliebende Frankreich Boulangers durch brutale Behandlung zur Kriegslust aufzupeitschen, um es dann niederzuschlagen. Das Ergebnis ist klar: alle gutgefinnten Mächte Europas, nämlich Deutschlands künftige Gegner im Weltkrieg, wenden sich empört über dieses diabolische Spiel von Deutschland ab. So hat Bismarck auf der Höhe seiner Macht die Grube gegraben, in die Deutschland später stürzen mußte! Diese Geschichtsklitterung wirkte trotz eines umfangreichen wissenschaftlichen Scheinapparates zu grotesk, als daß ihre Widerlegung die Forschung lange aufgehalten hätte. Nur als Zeithymnium hat das Buch Joseph Vincent Fullers einen Platz in der Geschichte der Bismarckforschung behalten (1).

Ganz anders steht es mit der These des entgegengesetzten Extremis: Bismarcks Friedenspolitik sei der größte seiner Fehler, sei die eigentliche Ursache von Deutschlands heutigem Unglück. Zweifler am Werte seiner Friedenspolitik gab es vereinzelt schon unter Bismarcks Zeitgenossen: wenn der Krieg doch einmal kommen mußte — ein „müssen“, das Bismarck selbst freilich nicht gelten ließ! (2) —, war es dann nicht besser, ihn in der günstigen Weltlage der Jahre 1887/88 zu führen, mit drei oder vier Bundesgenossen gegen die beiden Ruhestörer Rußland und Frankreich, als die Entscheidung auf unbestimmte und dann vielleicht ungünstigere Zeiten zu verschieben? Doch war es zu Bismarcks Zeit nur eine Minderheit, die so dachte. Die große Mehrheit nicht nur des deutschen Volkes, sondern Europas, war dem deutschen Reichskanzler tief dankbar für seine unermüdete Arbeit im Dienste

(1) J. V. Fuller, Bismarck's diplomacy at its zenith. Harvard Historical Studies Cambridge 1922.

(2) Randbemerkung 7 zu einer Abschrift von Kálnokys Weisung vom 12. Januar 1888 an den österreichischen Botschafter in Berlin. Diplomatische Akten des Auswärtigen Amtes Bd. 6, S. 80f. Kálnoky schreibt: „im Falle eines unausweichlichen und unabwendbaren Krieges“ — dazu Bismarcks Randbemerkung: „wann liegt der vor?“

des Weltfriedens. Als Bismarck wenige Jahre nach der großen Krisis aus dem Amte scheiden mußte, da hat gerade die französische Presse dankbar anerkannt, daß er der Entfesselung des furchtbarsten Krieges, den alle Welt erwartet, auf den alle Welt sich gerüstet habe, erfolgreich entgegengetreten sei. An der Pariser Börse stürzten die Staatspapiere als sei mit Bismarck eine Stütze des französischen Staatskredits gefallen (1). Der Name Bismarck war zur stärksten Bürgschaft des Friedens geworden.

Doch gerade in diesem Friedensstreben bedeutete der neue Kurs und die gesamte Wilhelmische Ära keine Abweichung von dem Bismarckschen Ziele. Nur, daß jene Zweifel häufiger wurden, ob das Ziel selber richtig sei. Denn zur Zeit der großen Weltfriedenskrisen, die seit 1905 in etwa dreijährigem Turnus immer wiederkehrten, befand sich Deutschland nicht mehr in der durch Bündnisse bis fast an die Grenze des Möglichen gesicherten Lage wie zur Zeit Bismarcks, und jetzt konnte man häufiger dem Bedauern begegnen, daß der für unabwendbar gehaltene Krieg nicht schon früher unter Bismarcks Leitung, mit England Italien und Rumänien auf Seiten der Zentralmächte, also mit sicherer Siegesaussicht, geführt worden war. Als der Krieg dann endlich kam und seine Furchtbarkeit wie sein Ausgang alles hinter sich ließ, was die düsterste Ahnung erwartet hatte, da war für viele das Urteil gesprochen nicht nur über die Außenpolitik der Wilhelmischen Ära, sondern zugleich, ja vor allem über Bismarcks Friedenspolitik als die letzte und entscheidende Ursache des deutschen Zusammenbruchs. Das Buch, das Ulrich Noack vor zwei Jahren über „Bismarcks Friedenspolitik und das Problem des deutschen Machtverfalls“ geschrieben hat — der erste Versuch, oft Gesagtes mit wissenschaftlichem Ernst zu begründen —, dieses Buch hat also eine lange Vorgeschichte. Es ist aus dem quälenden Gedanken entsprungen: wie anders stände Deutschland heute in der Welt, wenn Bismarck dem großen Kriege, der zu seiner Zeit schon vernehmlich genug anklopfte, rechtzeitig die Tür geöffnet hätte! Daß er es nicht tat, sondern die Tür immer wieder mit eisernen Riegeln verrammelte, mit dem Kriege zugleich auf Machterweiterung verzichtete, das ist nach Noack unser Verhängnis geworden.

Das erste Anklopfen geschah während der Orientkrise von 1876—78, die die Grundlagen des Dreikaiserabkommens von 1873 untergrub. Die

(1) Karl Lange, Bismarcks Sturz und die öffentliche Meinung in Deutschland und im Auslande (Stuttgart 1927) S. 58 f.

Vereinbarung der drei Kaiser, ohne Gegenzeichnung der Minister abgeschlossen, nach den Worten der Urkunde „une entente directe et personnelle entre les Souverains“, trug rein defensiven Charakter und verpflichtete zu gemeinsamem Vorgehen, falls der europäische Friede durch eine andere Macht bedroht würde (1). Es war eine konservative Politik im Stile des Zeitalters der Heiligen Allianz, beruhend auf dem gegenseitigen Vertrauen der Monarchen zueinander, auf ihrer Überzeugung von der Solidarität der monarchischen Interessen. Die Frage der Zukunft war, ob für den Kaiser von Rußland dieser dynastische Gedanke stark genug sein werde, um auf die Dauer dem Anwachsen des Panславismus das Gleichgewicht zu halten. Die Erhebung der Südslaven in Bosnien und der Herzegowina gegen das türkische Joch, die Krise Serbiens und Montenegros nach Vereinigung mit den unterdrückten Stammesbrüdern boten der panslawistischen Propaganda seit Mitte der siebziger Jahre das dankbarste Feld. Eine Orientpolitik, die das Bestehende zu erhalten suchte, wurde für Rußland vollends unmöglich, seitdem die beiden Kleinstaaten — Anfang Juli 1876 — im Vertrauen auf Rußland den Krieg gegen die Türkei eröffneten. Im nächsten Frühjahr kam Rußland den Unterliegenden zu Hilfe und zwang im März 1878 der Türkei den Frieden von San Stefano auf, der nicht nur Serbien und Montenegro vergrößerte, sondern obendrein Bulgarien unter russischer Ägide bis ans ägäische Meer ausdehnen wollte. Damit wurde die nicht mehr orientalische, sondern europäische Krisis vollends akut. Während die Russen dicht vor Konstantinopel lagen, ankerte eine britische Flotte im Marmarameer. Nur wenige Meilen trennten die Streitkräfte der beiden Weltgegner.

Wilhelm II. erzählt in seinen „Ereignissen und Gestalten“, als Bismarck einmal von der Gefahr einer englisch-russischen Einigung sprach, da habe er ihn gefragt, warum man nicht 1877/78 die Russen nach Stribul hineingelassen habe? Dann wäre die englische Flotte ebenfalls eingefahren, und der Konflikt wäre dagewesen. Bismarcks ernste Antwort lautete, „er habe einer allgemeinen Konflagration vorbeugen und seine guten Dienste zur Vermittlung anbieten müssen“ (2). Einen Krieg zwischen Großmächten zu lokalisieren entgegen der geschichtlichen Erfahrung von vier Jahrhunderten: dieses Meisterstück hat Bismarck selber allerdings zweimal fertig gebracht, 1866 und 1870/71. In der

(1) Dipl. Akt. Bd. 1, S. 206 f.

(2) Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten, S. 9.

langen Reihe der europäischen Kriege vom Ende des 15. Jahrhunderts bis heute stehen die deutschen Einigungskriege als nahezu einzige Belege einer staatsmännischen Kunst, die es verstand, Europas Einmischung auszuschalten aus einem im Herzen Europas geführten Kriege. Alle Wahrscheinlichkeit aber widersprach der Annahme, daß ein aus der orientalischen Frage entstandener Krieg sich nicht zu einer „allgemeinen Konflagration“ auswachsen würde. Österreichs Interesse war durch den Frieden von San Stefano nicht weniger bedroht als Englands. Ein Krieg Österreichs gegen die Vormacht des Panславismus aber hätte nach Bismarcks Urteil seine Stellung „als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht“ gefährden können (1). Deutschland hätte eingreifen müssen, und dann würde auch Englands Stellung auf Seiten der Zentralmächte keine Sicherheit dagegen geboten haben, daß die französischen Gewehre losgingen — der Siegespreis von 1870/71 hätte noch einmal umkämpft werden müssen. Wo aber würde Deutschlands Kriegsziel in diesem Weltbrande gelegen haben? Noack gibt uns die Antwort (2): im Baltischen. Die Randgebiete des Zarenreiches von Finnland bis Polen abgetrennt von dem Riesenleibe, die Ostsee ein deutsches Meer, Rußland zurückgeworfen hinter den Njemen und die Pripeßsümpfe — die Deutschen nicht mehr Volk ohne Raum, sondern Vormacht Europas und Weltvolk mit weltpolitischer Zukunft!

Wir kennen den Traum. War es falsche Selbstbescheidung, daß Bismarck an seine Verwirklichung nicht dachte? War es die „enger bemessene Staatsraison“ des Alternden, die sich nur noch durch das „Bedürfnis nach Sicherung des Gewonnenen“ bestimmen ließ? War es „das Erbe Metternichs“, das den einst auch vor revolutionären Mitteln nicht zurückschreckenden Staatsmann jetzt zum Hort des konservativen Gedankens machte, aus innenpolitischen Gründen zum Gegner eines Krieges, der die monarchische Ordnung umstürzen konnte? (3) Kein Zweifel, daß das Bedürfnis nach Sicherung den Schöpfer des Reiches außen- wie innenpolitisch ungleich stärker bestimmte als den unerhört Wagemutigen, der seine große Aufgabe noch vor sich sah und alles an alles setzte, um sie zu erfüllen. Aber durfte er nach der Erfüllung anders handeln? Durfte er das junge, innerlich erst allmählich

(1) Gedanken und Erinnerungen Bd. 2, S. 214. Dipl. Akt. Bd. 2, S. 76.

(2) Noack, Bismarcks Friedenspolitik und das Problem des deutschen Machtverfalls (Stuttgart 1928), S. 91 f. 99.

(3) Noack S. 130 ff.

zusammenwachsende Reich ohne zwingende Not der größten Kraftprobe aussetzen? Und wenn sie bestanden wurde, und wenn dann wirklich jenes verwegene Kriegsziel sich erreichen ließ — schwerlich unter freudiger Zustimmung Englands —, war es in Wahrheit Macht-, nicht Lasten- und Gefahrenvermehrung, was Deutschland gewann? Neue Fremdkörper im Reich zu den vorhandenen hinzu (1), im Balkikum ein zweites Elsaß-Lothringen, ein zweiter Revanchegedanke im Osten, dazu die Aufrollung der polnischen Frage, das wiederhergestellte und nach Erweiterung strebende Polen der natürliche Bundesgenosse Frankreichs, England dann aber der natürliche Gegner der stärksten Kontinentalmacht. Es wäre eine Politik gewesen, die den Weltbund gegen Deutschland ein Menschenalter früher hätte herbeiführen können, eine Machterweiterung, die dem innersten Geiste der Bismarckschen Politik widersprochen haben würde. Es war Bismarcks Siegergröße, daß er nie einen Frieden geschlossen hat, der Lebensnotwendigkeiten des Besiegten mißachtete, wie ein solcher Friede es Rußland gegenüber getan hätte. Erst einer späteren Studierstubenpolitik blieb es vorbehalten, im Lichte einer verpaßten Gelegenheit zu sehen, was in Wahrheit politisches Abenteuerium gewesen wäre (2).

Nein, für einen seiner Verantwortung sich bewußten Leiter der deutschen Politik konnte es im Jahre 1878 keine andere Aufgabe geben, als die Erhaltung des Friedens. Der Vorwurf aber, daß Bismarck diese Aufgabe auf Kosten der deutsch-russischen Freundschaft gelöst habe, ist hinfällig: war der Friede wirklich nötig, dann war er auch dieses Opfer wert. Doch in Wahrheit hat Rußland die Revision des Vertrages von San Stefano durch den Berliner Kongreß keineswegs zum Anlaß für unversöhnlichen Groll genommen. Alexander II. hat seinen bekannten Drohbrief vom August 1879 schon drei Wochen später in mündlicher Aussprache mit Kaiser Wilhelm ausdrücklich widerrufen und hat gebeten,

(1) Moltke dachte über Erwerbung russischen Gebietes nicht anders als Bismarck: „Die Russen sind unangenehme Nachbarn, sie haben absolut nichts, was man ihnen selbst nach dem siegreichsten Kriege abnehmen könnte — Gold haben sie nicht und Land können wir nicht brauchen.“ Lucius von Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen (Stuttgart 1920) S. 139.

(2) Die teils politisierende, teils philosophierende Geschichtskritik Noacks ist trotz Geist und Intelligenz und trotz vieler guter Einzelbeobachtungen doch so naiv überheblich, daß auch die in manchem überscharfe Abfertigung, die das eben erscheinende Buch von Horst Michael, Bismarck, England und Europa (München 1930) S. 406 ff., ihr erteilt, im ganzen wohlverdient ist.

ihn als ungeschrieben anzusehen: „Ich gebe zu, daß ich eine Dummheit gemacht habe“ (1). Die Folge dieser Dummheit war freilich, daß Deutschland gegen die hier enthüllte russische Gefahr Deckung bei Österreich suchte. Nach schwersten Seelenkämpfen des alten Kaisers, der in der russischen Freundschaft das „heilige Vermächtnis der Väter“ sah, erlangte Bismarck die Genehmigung zum Abschluß des deutsch-österreichischen Zweibundes im Oktober 1879. Die von ihm erwartete Folge dieses Abschlusses aber, Rußlands Annäherung an die neuen Bundesgenossen, trat — dem Kaiser zur Herzensfreude — schon zwei Jahre darauf wirklich ein. Der Neutralitätsvertrag, der im Juni 1881 zwischen den drei Kaisern geschlossen wurde, war nicht mehr, wie das Abkommen von 1873, „une entente personnelle entre les Souverains“, sondern wurde durch die leitenden Minister gezeichnet. Das persönliche Verhältnis der Monarchen war durch die Ermordung Alexanders II. jäh durchschnitten worden und ließ sich nicht auf den Nachfolger übertragen. Bedenklicher war, daß zur Minderung des persönlichen Vertrauens auch ein geringeres Maß an sachlicher Übereinstimmung kam. Der neue Vertrag beruhte nicht auf allseitiger Interessengemeinschaft; denn die in ihm erstrebte Erhaltung des status quo im Orient war kein russisches, sondern ein österreichisches Interesse. Dennoch ist die Charakteristik dieses Vertrages als „ganz ephemere Scheinverständigung“ verfehlt (2).

Österreich, als der schwächste der drei Partner, gewann für seine territoriale Interessensphäre allerdings nur die Bestätigung dessen, was es schon hatte, die Sicherung seiner Stellung in Bosnien und Herzegowina. Immerhin konnte es als keinen geringen Vorteil buchen, daß der russischen Orientpolitik durch den Vertrag ein Zügel angelegt wurde: der status quo auf dem Balkan durfte nur in gemeinsamem Einverständnis geändert werden. Rußland gewann ein wertvolles Zugeständnis in der bulgarischen Frage: sollte es „durch die Gewalt der Dinge“ zur Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien kommen, so wollten die drei Mächte es geschehen lassen. Also wenigstens ein Schritt zurück zu den Friedensbedingungen von San Stefano, die Rußland 1878 hatte preisgeben müssen! Es gewann ferner, da die Schließung der türkischen Meerengen aufs neue verbürgt wurde, Deckung gegen die Gefahr eines Angriffs zur See, wie im Krimkrieg geschehen. Es gewann endlich freie Hand in Asien. Denn die wichtigste Bestimmung des ganzen Ver-

(1) Dipl. Akt. Bd. 3, S. 48; vgl. S. 37.

(2) Roack, Bismarcks Friedenspolitik S. 128.

frages, die wechselseitige Zusicherung wohlwollender Neutralität, falls eine der drei Mächte mit einer vierten in Krieg gerate, war vor allem für die beiden stärksten Partner von Wert: Rußland brauchte nicht zu besorgen, daß Deutschland oder Österreich ihm in den Rücken fallen würde, wenn es in Asien mit England feindlich zusammenstieß; Deutschland aber gewann Deckung gegen die Gefahr des Zweifrontenkrieges.

Ein Zusammengehen Deutschlands und Österreichs mit England gegen Rußland, das jetzt als politische Möglichkeit ausschied, wäre nicht nur in der Krisis von 1878 zu haben gewesen. Noch einmal, und zwar in greifbarer Nähe, trat diese Möglichkeit im September 1879, kurz vor Abschluß des deutsch-österreichischen Zweibundes hervor. Bismarck hatte bestimmt damit gerechnet, daß dieser Bund sich der freundschaftlichen Anlehnung Englands erfreuen würde, ja er meinte, England „als Dritten im Bunde voraussehen“ zu können, und hatte dieses Argument schwer in die Wagshale gelegt, als er um die Zustimmung seines greisen Herrn zum Abschluß mit Österreich rang. Seine Rechnung traf zu: England war bereit zum Bündnis mit Deutschland und Österreich, bereit zu aktiver Teilnahme am Kriege gegen Rußland, wenn die Unterstützung der österreichisch-englischen Orientwünsche durch Deutschland den Krieg herbeiführen sollte. Allein Kaiser Wilhelm konnte sich nicht zu dem Bündnis mit England entschließen, das eine antirussische Neuorientierung der deutschen Politik in stärkerem Maße als das Bündnis mit Österreich zu bedeuten schien. Und in der Tat wurde Bismarcks Bündnisfühler von den englischen Staatsmännern mehr im offensiven als im defensiven Sinne verstanden. Auf Rußland aber wirkten schon die ersten Anzeichen der deutsch-österreichischen Annäherung so ernüchternd, daß es nun Deutschland wieder ein freundlicheres Gesicht zeigte. Bismarck durfte daher, als er auf das englische Bündnis verzichten mußte, die Hoffnung hegen, daß das alte Dreikaiserverhältnis einer Erneuerung fähig sei (1).

Bismarcks Erwartung, daß der Zweibund zwischen Deutschland und Österreich sich der freundschaftlichen Anlehnung Englands werde erfreuen dürfen, ging trotz der gescheiterten Bündnisverhandlungen in Erfüllung. Aus dem Zweibunde wurde 1882 der Dreibund, und im nächsten Jahre wurde auch Rumänien der Bundesgenosse Deutschlands und Österreichs.

(1) Siehe Exkurs 1.

Immer klarer hob Deutschlands Stellung sich als die der führenden Macht heraus, führend nicht nur unter seinen Bundesgenossen, sondern in Europa, ja selbst in der Kolonialpolitik. Schon im Jahre 1880 schrieb der langjährige englische Botschafter in Berlin, Lord Odo Russell, über Bismarck: „In St. Petersburg ist sein Wort Evangelium ebenso wie in Paris und Rom, wo seine Äußerungen Achtung einflößen, sein Schweigen Furcht“ (1). Wie der Kongreß von 1878, so hat auch die große Kolonialkonferenz vom Winter 1884/85, die von vierzehn Mächten beschickte sogenannte Kongokonferenz, in Berlin getagt, unter deutschem Vorsitz und Einfluß. Dieser Einfluß aber lag immer in der Waagschale des Friedens, und als im Jahre 1885 die letzte, zugleich die schwerste und längste Weltfriedenskrisis der Bismarckzeit anbrach, da hat der mächtige Kanzler Deutschland und Europa seinen letzten großen Dienst als Friedensfürst geleistet.

Die im Jahre 1878 unterdrückte bulgarische Einheitsbewegung suchte sich gewaltsam freie Bahn zu schaffen, Ostrumelien, das Land südlich des Balkans, mit dem Fürstentum zu vereinigen. Gleichzeitig aber suchte der Fürst, Alexander von Battenberg, sich der russischen Vormundschaft zu entziehen, im Vertrauen auf die Unterstützung Österreichs, Englands und Deutschlands. Das Ergebnis war sein Sturz durch eine von Rußland angezettelte Militärverschwörung und der Versuch Rußlands, Bulgarien zu einer russischen Statthalterschaft zu machen, ihm einen russischen General als Fürsten aufzudrängen. Dagegen protestierten Österreich und England. Wieder, wie nach dem Vertrage von San Stefano im Jahre 1878, schien ein europäischer Brand unvermeidlich, nur daß diesmal nicht nur in Rußland, sondern auch in Frankreich die Kriegslust sehr viel größer war: General Boulanger, seit Januar 1886 Kriegsminister, schürte die Funken des Revanchegedankens, die Bismarcks koloniale Entente mit Frankreich fast verschüttet hatte, aufs neue zur Flamme. Im Verlaufe dieser Krisis erschien der später oft zitierte offiziöse Artikel des „Standard“, der Deutschland geradezu einlud, im Kriegsfalle durch Belgien zu marschieren, falls es nur gleichzeitig seine Unabhängigkeit verbürgte (2).

Kein Zweifel, daß die Weltlage strategisch zum Losschlagen einlud. Der Dreibundvertrag und der rumänische Vertrag würden damals, als England auf Seiten der Mittelmächte stand, nicht versagt haben. Am

(1) Fitzmaurice, Life of second Earl Granville Bd. 2 (London 1905) S. 207.

(2) „Standard“ vom 4. Februar 1887. Vgl. R. Hampe, Belgiens Vergangenheit und Gegenwart. 2. Aufl. (Leipzig 1916) S. 69 f.

Siege der fünf Mächte — mit der Türkei sechs — über Rußland und Frankreich war kein Zweifel möglich. Und wer von heute rückschauend, kann wohl bedauern, daß Bismarck damals — mit seinem Bilde zu sprechen(1) — die beiden bissigen Hunde Rußland und Österreich, die aufeinander losstürzen wollten, am Halsbände festgehalten hat. Aber kann man von Bismarck verlangen, daß er in den Jahren 1885—88 seine Politik nach den möglichen Fehlern seiner Nachfolger richtete, die eine Sicherung des deutschen Bündnissystems nach der andern brüchig werden ließen, bis Deutschland, isoliert mit Österreich, den Krieg, der aus jeder neuen orientalischen Krise wieder entstehen konnte, gegen die Welt führen mußte? Bismarck konnte nur aus den Bedingungen jener Jahre heraus handeln, und in diesen lag kein Grund zum Losschlagen. Kein deutsches Lebensinteresse stand auf dem Spiele, kein Kriegsziel war da, dessen Erringung einen mit Aufgebot der gesamten deutschen Volkskraft geführten Zweifrontenkrieg gerechtfertigt haben würde.

Der Staatsmann, der eben noch der deutschen Landmacht ein überseeisches Kolonialreich von der fünffachen Größe des Mutterlandes gewonnen hatte, litt wahrlich nicht an altersschwacher Selbstbescheidung, als er in diesen unsagbar schweren Krisenjahren alles tat, um den Frieden zu erhalten. Ihn leitete die Überzeugung von der Vermeidbarkeit des Krieges, der Deutschland nichts bringen konnte als blutige Lorbeeren. Die Art aber, wie Bismarck damals den Frieden erhielt, zeigt mehr als politische Klugheit, zeigt Weisheit. Denn es ist Weisheit, den Frieden der Großmächte nicht auf den Druck der Gewalt, auf diktatorisches Machtgebot zu gründen, wie es heute geschieht, sondern auf sorgfältige Abwägung aller beteiligten Interessen, auf den Gedanken, jede Macht da zu unterstützen, wo ihre Lebensnerven liegen, und im Konfliktfall der Interessen nach einer gerechten Scheidelinie zu suchen. Der Lohn dieser Politik aber war nicht nur die Erhaltung des Friedens, sondern zugleich eine wesentliche Verstärkung der Sicherungen Deutschlands durch die mittelbare Angliederung Englands an den Dreibund.

Der auf fünf Jahre geschlossene erste Dreibundvertrag lief am 20. Mai 1887 ab. Italien erstrebte Gleichstellung mit Österreich als Balkanmacht, d. h. Anerkennung auf Entschädigung, falls Österreich seine Macht auf der Balkanhalbinsel vermehre. Bismarck unterstützte sein Verlangen in Wien mit Erfolg. Von Deutschland forderte Italien gleichzeitig Ausdehnung des *casus foederis* auf seine Mittelmeer-

(1) Lucius von Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen (Stuttg. 1920) S. 359.

interessen. Auch hier kam Bismarck entgegen. Italien war dem Dreibund beigetreten, weil Frankreich in sein nordafrikanisches Interessengebiet (Tunis) hinübergegriffen hatte. Wenn ihm der Dreibund keinen Schutz gegen Wiederholung dieser Erfahrung gewährte, war er wenig wert für Italien. Gleichzeitig aber suchte Bismarck die Wahrscheinlichkeit eines Krieges, der etwa um Tripolis willen zwischen Italien und Frankreich entbrannte und Deutschland mit hineinzog, dadurch herabzusetzen, daß er England dafür gewann, die italienischen Mittelmeerinteressen zu stützen. Ein auch durch England gegen Frankreich gedecktes Italien werde eher als ein ungedecktes bereit sein, die gemeinsamen österreichisch-englisch-italienischen Balkaninteressen gegen Rußland zu verteidigen. Außerdem könne ein durch England zur See gedecktes Deutschland französischen und russischen Wünschen gegenüber eine festere Haltung einnehmen, als ein ungedecktes; bei völliger Enthaltfamkeit Englands werde Deutschland unter Umständen französischen Wünschen in Ägypten und russischen in Konstantinopel Zugeständnisse machen müssen (1).

So fanden sich unter Bismarcks Führung im Februar 1887 Italien und England zu einem Mittelmeerabkommen, in dem Italien englische Unterstützung in Tripolis und Cyrenaica, England italienische Unterstützung in Ägypten zugesagt erhielt. Auf Bismarcks Wunsch trat Österreich im März dem Abkommen in der Form bei, daß es dessen Ziele als konform den Zielen der österreichischen Politik anerkannte (2). England war also für den Fall eines Krieges, der aus einer nordafrikanischen Krisis hervorging, Partner des Dreibundes geworden. Es war der erste Schritt auf dem Wege, England mit dem Dreibunde im Sinne seiner defensiven, Frieden erhaltenden Politik zu verkoppeln, und obendrein richtete sich die defensive Spitze dieses Abkommens nicht gegen Rußland, sondern gegen Frankreich, mit dem in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben Englands ausdrücklicher Wunsch bei den deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1879 gewesen war. Mit Recht konnte Herbert Bismarck nach Wien schreiben: „Es ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg, daß wir England so weit zu engagieren vermocht haben“ (3). Möglich wurde dieser Erfolg nur, weil England

(1) Bismarck an Hafffeldt, deutschen Botschafter in London, 3. Februar 1887. Dipl. Akt. Bd. 4, S. 300—302.

(2) Dipl. Akt. Bd. 4, S. 308 f. Fribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, Bd. 1 (Wien 1920) S. 39—41.

(3) An den deutschen Botschafter in Wien, Prinz Reuß, 16. Februar 1887. Dipl. Akt. Bd. 4, S. 316.

selber durch die Besetzung Ägyptens im Jahre 1882 seine Beziehungen zu Frankreich empfindlich getrübt hatte und dadurch als Mittelmeer-macht in eine Front mit der Dreibundmacht Italien gerückt war, in die Front gegen Frankreich.

Die schwierigste Aufgabe aber lag im Ausgleich der divergierenden Balkaninteressen Rußlands einer-, Österreichs und Englands andererseits. Auch Österreich hatte bei Erneuerung des Dreibundes seine Wünsche, aber unerfüllbare vom Standpunkte der Bismarckschen Friedenspolitik. Es erstrebte Ausdehnung des *casus foederis* auch für den Fall einer Veränderung des *status quo* am Balkan, d. h. in Bulgarien (1). Das wäre nach Bismarcks Auffassung ein Eingriff in die russische Interessensphäre gewesen, ein Verstoß gegen den defensiven Charakter des Dreibundes. Doch nun benutzte Bismarck die Identität der österreichischen und der englischen Balkaninteressen, um einerseits England noch enger, als durch das Mittelmeerabkommen schon geschehen, an den Dreibund heranzuziehen, andererseits den österreichischen Wünschen auf dem Umwege über England die Stütze zu verschaffen, die Deutschland versagen mußte.

Das rühmende Beiwort eines „Ministers von Europa“, das man dem deutschen Kanzler gegeben hat, trifft für kein Jahr seiner staatsmännischen Wirksamkeit voller zu als für das Jahr 1887, in dem Bismarck die Politik von drei Großmächten lenkt, als sei er ihr Minister. Unter seiner Führung fanden sich im Dezember 1887 England, Österreich und Italien zum zweiten Male; sie fanden sich zu einem Balkanabkommen, dessen Zielsetzung Deutschland zwar angeben, aber nicht sich zu eigen machen konnte. Die drei Mächte einigten sich über die Erhaltung des *status quo* im Orient und daher über den Satz, daß die Türkei ihre Oberhoheit weder über Bulgarien noch über die Meerengen an eine fremde Macht abtreten dürfe. Für den Fall des Verstoßes gegen diesen Satz wurde gemeinsames militärisches Vorgehen vereinbart (2). Begreiflich, daß England die Beteiligung Deutschlands, als des Urhebers dieses Abkommens, vermied und darüber stufte. Bismarck gab Salisbury die gewünschte Aufklärung: Deutschland wünsche den Zusammenschluß der ihm befreundeten Mächte, „die im Orient

(1) Österreichischer Abänderungsvorschlag zum italienischen Entwurf der Dreibundserneuerung. Dipl. Akt. Bd. 4, S. 218. Dazu Bismarcks Randbemerkung S. 219, Anm. 3.

(2) Dipl. Akt. Bd. 4, S. 390 f.

Interessen zu beschützen haben, die nicht die unsrigen sind“, damit ihr Zusammenschluß das russische Schwert in der Scheide halte. Deutschland werde neutral bleiben, solange kein deutsches Interesse auf dem Spiele stehe, werde aber in den Kampf eintreten, sobald Österreich-Ungarn durch Rußland, oder England oder Italien durch Frankreich angegriffen würde (1).

Mehr konnte Bismarck nicht gewähren. Denn er mußte, als Friedensvermittler, seine Gewichte in beide Wagschalen legen, nicht nur in die der Gegner Rußlands, sondern auch in die Rußlands selbst. Und in die russische Schale hatte er sein Gewicht bereits gelegt: durch den Rückversicherungsvertrag (2). Dieser am 18. Juni 1887 geschlossene Vertrag war in seinem Hauptteile die Erneuerung des am gleichen Tage abgelautenen Dreikaiservertrages zu zweit. Er enthielt also die gegenseitige Zusage der Neutralität für den Fall, daß einer der Partner mit einer dritten Macht in Krieg gerate. Doch wurde diese Zusage hinfällig, falls Deutschland einen Angriffskrieg gegen Frankreich, oder Rußland einen Angriffskrieg gegen Österreich begänne. Diese Klausel entkräftet den Vorwurf, daß der Rückversicherungsvertrag mit Deutschlands Vertragspflichten gegen Österreich unvereinbar gewesen sei. Denn das deutsch-österreichische Bündnis trat in Kraft, nur wenn Rußland, nicht aber, wenn Österreich oder Deutschland der Angreifer war. Und selbstverständlich lag bei Deutschland die Entscheidung, wer in einem österreichisch-russischen Kriege der Angreifer wäre.

Dagegen enthält der Rückversicherungsvertrag in seinem Zusatzprotokoll eine Bestimmung, die mit dem Balkanabkommen zwischen Österreich, England und Italien — dem Deutschland eben darum fern blieb — nicht zusammenstimmte. Deutschland versprach Rußland seine diplomatische Unterstützung in der bulgarischen Frage und noch für den weiteren Fall, daß Rußland sich gezwungen sähe, zum Schutze seiner Interessen die Verteidigung der Meerengen selbst in die Hand zu nehmen. Man hat diese Unstimmigkeit „eine Politik des vollendestn Machiavellismus, allerdings mit edlem Zwecke, zur Erhaltung des Friedens“, genannt (3). Eine Charakteristik, deren Werturteile einander

(1) Ebenda S. 376—380: Bismarck an Salisbury 22. November 1887.

(2) Dipl. Akt. Bd. 5, S. 253—255.

(3) Nachsahl, Der Rückversicherungsvertrag, der „Balkandreibund“ usw. Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 16 (1921) S. 63. Treffend urteilt Rothfels, Bismarcks englische Bündnispolitik (Stuttgart 1924) S. 112 ff.

gegenseitig aufheben! Was in dieser Politik als Zweideutigkeit erscheint, entspringt doch nur aus der zwiefachen Richtung der fremden Interessen, die unverföhnlich gegeneinander standen, aber am offenen Zusammenprall gehindert werden mußten. Allerdings erforderte diese Politik ein ungewöhnliches Feingefühl für den Grad der diplomatischen Unterstützung, die Deutschland der russischen Orientpolitik gewähren durfte, ohne die drei Partner des Balkanabkommens zu verletzen. Die Männer des neuen Kurses trauten sich dieses „Spiel mit den fünf Kugeln“ nicht zu und gaben daher den Rückversicherungsvertrag preis: denn nur ein Bismarck vermöge dieses Bismarcksche Kunstwerk zu handhaben (1). Von einem Widerstreit vertraglicher Pflichten aber könnte nur gesprochen werden, wenn Deutschland jenem Balkandreibund seiner Freunde beigetreten wäre.

Diese schwierigste Bestimmung des Rückversicherungsvertrages wird als „très secret“ bezeichnet. Bismarck legte mit Recht größten Wert auf Geheimhaltung. Nicht nur Österreich, sondern vor allem England würde schweren Anstoß daran genommen haben. Bismarck trieb die Vorsicht England gegenüber so weit, daß er den Vertrag nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. vor dessen Sohn und Nachfolger geheim hielt, aus berechtigter Furcht, die Kaiserin Friedrich würde das Geheimnis ihrer englischen Mutter mitteilen. Dafür wurde der damalige Kronprinz Wilhelm eingeweiht (2). Nur gegen russische Indiskretion war Bismarck machtlos. Der russische Botschafter in Konstantinopel, Graf Ignatiow, verriet — wenn Eckardstein zutreffend berichtet — den Vertrag an England, doch anscheinend ohne Kenntnis jener „sehr geheimen“ Bestimmung. Außerdem war der Vertrauensbruch ungefährlich, da Ignatiow — den Türken bekannt als „Vater der Lüge“ — auch bei den Engländern keinen Glauben fand (3). So glückte das schwierige Spiel, den Wünschen beider Parteien im Orient zu genügen und den Frieden zu retten. Bismarck war der anscheinend unvermeidlichen Notwendigkeit, zwischen England und Rußland zu opfern, wiederum ausgewichen. Deutschland stand zwischen, man darf sagen über den beiden Weltgegnern, als die Brücke über dem Abgrund, in dem die Kriegsgefahr lauerte. Es war mit allen Großmächten, mittelbar oder unmittelbar, verbunden, außer

(1) „Der Verzicht war ein Fehler, wenn Bismarck blieb, er war eine Notwendigkeit, wenn er ging.“ Otto Hammann, Der neue Kurs (Berlin 1918) S. 35.

(2) Exkurs 2.

(3) Eckardstein, Lebenserinnerungen Bd. 2 (Leipzig 1920) S. 154.

mit Frankreich; alle brauchten an irgendeiner Stelle Deutschlands Unterstützung; es gab keine Möglichkeit einer gegen Deutschland gerichteten Koalition (1). Nie hat ein großes Reich eine besser gesicherte Stellung eingenommen als Deutschland in den letzten Jahren der Bismarckzeit. Wer, mit geopolitischem Fatalismus, immer von der ungünstigen Mittellage Deutschlands spricht und alles Unheil aus ihr ableiten will, der wird durch Bismarck belehrt, daß eine überlegene Staatskunst die Gefahren dieser Mittellage auszuhalten vermag. Nicht in der Geographie liegt das Schicksal beschlossen, sondern im Geist und Charakter der Menschen.

Bismarcks Bündnisystem hatte zu allen übrigen Vorteilen auch den, daß es in hohem Grade elastisch war. So entschieden Bismarck stets die Option zwischen England und Rußland abgelehnt hatte — die Möglichkeit zu einer solchen bestand für ihn jederzeit. Er rechnete auch nach Überwindung der letzten Krisis damit, daß Rußland seine aggressive Orientpolitik mit dem Ziele Konstantinopel vielleicht bald wieder aufnehmen würde. Er hat deshalb den Rückversicherungsvertrag, der immerhin eine gewisse Ermüdung Rußlands zu dieser Politik bedeutete, nur auf drei Jahre abgeschlossen, statt auf fünf, wie der Zar ursprünglich gewünscht hatte. Bismarck wollte sich lieber die Möglichkeit der Verlängerung vorbehalten, bis man die Zukunft besser übersehen könnte (2). Sollte die russische Politik zu einer neuen, ernstern Orientkrisis führen, und kam Deutschland dann etwa in eine Lage, in der es nicht länger zugleich ein Freund Rußlands und der Freund seiner Bundesgenossen bleiben konnte, dann war das Gegebene, dieses „schwierige Verhältnis“ der Rückversicherung nach Ablauf des Vertrages nicht zu erneuern, sondern zusammen mit den drei Mächten, die Bismarck im „Balkan-dreibund“ vereinigt hatte, mit Österreich, Italien und England, gegen Rußland zu operieren.

Die Gefahr, daß Rußland eine neue Krise für den Weltfrieden heraufbeschwor, bestand aber nur, wenn es sicher war, daß Frankreich mit ihm gehen würde. Gab es eine Möglichkeit, Rußland jede Hoffnung auf französische Partnerschaft abzuschneiden, dann war das große Werk der Friedenspolitik gekrönt. Bismarck hat in der Tat den Versuch gemacht, dem grandiosen Bau seines Bündnisystems diesen Schlußstein

(1) Dies hat Bismarck schon 1877 als Ziel seiner Außenpolitik bezeichnet: Dipl. Akt., Bd. 2, S. 154.

(2) Bismarck an Kaiser Wilhelm II., 19. August 1888. Dipl. Akt. Bd. 6, S. 342.

einzufragen. Denn hierin, in der Entmutigung der russischen Kriegslust, möchte ich den eigentlichen Sinn des Verteidigungsbündnisses sehen, das Bismarck im Januar 1889 England gegen Frankreich anbot. An sich wäre ein deutsch-englisches Bündnis gegen den gemeinsamen Nachbarn auch aus dem Wunsche zu erklären, Deutschlands strategische Stellung gegen Frankreich für den Kriegsfall zu verbessern. Allein der Nachdruck des Bismarckschen Vorschlages liegt mit starker Betonung auf dem Gedanken des „öffentlich verlaublichen Bündnisses.“ Der Vertrag sollte dem englischen Parlament zur Genehmigung vorgelegt und dem Deutschen Reichstage öffentlich mitgeteilt werden. Ein solches, vor den Augen der Welt geschlossenes Bündnis mußte jeden Gedanken an Krieg in Paris wie in St. Petersburg niederschlagen. In Paris wußte man dann, daß ein Angriff auf Deutschland den Dreifrontenkrieg für Frankreich bedeuten würde: gegen Deutschland, Italien und England. Da blieb nichts übrig als Frieden halten. Wußte man aber in St. Petersburg, daß auf Frankreichs Mitgehen nicht zu rechnen war, so konnte auch Rußland nicht an Krieg denken. Bismarck hat in seiner Weisung an den deutschen Botschafter in London, Graf Hatzfeldt, den Sinn seines Bündnisangebotes ausdrücklich mit den Worten umschrieben: „Es handelt sich dabei nicht um das Stärkersein im Falle des Krieges, sondern um das Verhindern des Krieges“ (1).

Der Gedanke eines deutsch-englischen Bündnisses gegen Frankreich war keineswegs von vornherein aussichtslos. Der Schatzkanzler Lord Randolph Churchill hatte im Dezember 1886 zu Hatzfeldt gesagt: „Im Grunde ist Frankreich unser gemeinsamer Feind, und wir werden keine Ruhe haben, als bis es völlig zu Boden geschlagen ist“ (2). Salisbury selbst hat wiederholt anerkannt, daß er in Deutschlands Freundschaft ein schützendes Bollwerk gegen einen französischen Angriff sehe (3). Er hat sich im August 1887 zu Hatzfeldt ganz ähnlich wie Churchill geäußert, der wirkliche und gefährliche Gegner Englands wie Deutschlands sei nicht Rußland, sondern Frankreich (4). Schließlich hat der Erste Lord des Schatzamts unter Salisbury, William Henry Smith, bei der Mitteilung des Todes Kaiser Wilhelms I. im englischen Parlament, also in denkbar öffentlichster und feierlichster Form, die Worte

(1) Bismarck an Hatzfeldt, 11. Januar 1889. Dipl. Akt. Bd. 4, S. 401.

(2) Hatzfeldt an Bismarck, 21. Dezember 1886. Ebda. S. 292.

(3) Hatzfeldt an Bismarck, 6. Februar 1887. Ebda. S. 305 f.

(4) Hatzfeldt an Bismarck, 3. August 1887. Dipl. Akt. Bd. 4, S. 335.

gesprochen: „Ich bin sicher, das Haus und Land werden den Kummer teilen, der das ganze deutsche Volk betroffen hat, unsere Bundesgenossen und unsere Freunde (our allies and our friends)“ (1). Und in der Tat kam Englands doppelte Bundesgenossenschaft mit Italien und Österreich, beruhend auf jenen beiden durch Deutschland angeregten Abkommen über das Mittelmeer und den Balkan, einem Bündnis mit Deutschland selbst äußerst nahe.

Dennoch hat Bismarck sich anscheinend nicht allzu große Hoffnung auf Annahme seines Bündnisvorschlages gemacht. Die Schwierigkeit lag in der parlamentarischen Sanktion. Das konservative Kabinett Salisbury war auf die Unterstützung der Liberal Unionists angewiesen, und da deren Zustimmung nicht verbürgt werden konnte, wäre die parlamentarische Mehrheit der Regierung über dem Bündnisvertrag leicht in die Brüche gegangen. Doch sagte Salisbury zu Bismarcks Vorschlag weder Ja noch Nein, sondern sprach die Hoffnung aus, später darauf zurückkommen zu können (2). Ein Jahr danach mußte Bismarck gehen, und noch am Tage seines Sturzes wurde aus seinem Werke ein unersehbar wichtiger Stein herausgebrochen: der Rückversicherungsvertrag fallen gelassen. Rußland suchte nun bei Frankreich den Anschluß, den ihm Deutschland gekündigt hatte, und die durch Bismarck geschaffene unvergleichliche Gunst der Lage, die ihm erlaubte, zwischen Rußland und England zu wählen, war für immer dahin. Nicht mehr Deutschland, sondern England war es jetzt, das zwischen den beiden Mächtegruppen, Dreibund und Zweibund, die Wahl hatte. Nicht daß der Rückversicherungsvertrag aufgelöst wurde, war der unverzeihliche Fehler, sondern, daß er aufgelöst wurde, ohne daß das englische Bündnis gesichert war. Ohne Not und ohne jeden Gewinn spielte Deutschland seinen stärksten Trumpf aus.

Nie ist ein sinnloseres Urteil über Bismarcks Bündnispolitik ausgesprochen worden, als es der jüngste Verteidiger des neuen Kurses gefällt hat: „Er sah wie die Spinne in seinem System von Verträgen, das nach allen Richtungen ausstrahlte. Aber er konnte sich nicht rühren. . . Alle hatte er gegeneinander ausgespielt. Aber sich selbst hatte er eingekreist“ (3). In Wahrheit ist es gerade die vielseitige Beweglichkeit, die Bismarcks Bündnisystem auszeichnete. Erst nach seinem Sturze, nach

(1) Parliamentary Debates, 3. series, vol. 323, col. 706.

(2) Herbert Bismarck an Fürst Bismarck, 22. März 1889. Dipl. Akt. Bd. 4, S. 405.

(3) R. F. Nowak, Das dritte Deutsche Kaiserreich, Bd. 1 (1929) S. 102. Vgl. Exkurs 2.

der Preisgabe des russischen Vertrages, war es vorbei mit der Beweglichkeit, und der Dreibund selbst, mechanisch von einem Male zum andern erneuert, erstarrte zur Schablone, während die Welt sich wandelte.

Machlos stehen wir in der verwandelten Welt. Doch was uns geblieben ist, die Einheit des Reiches, danken wir Bismarck. Lassen Sie mich schließen mit dem letzten Urteil des alten Kaisers über seinen großen Kanzler. Es ist noch wenig bekannt und verdient gerade in unserer Zeit, da Haß oder Verblendung unser Volk an seinem größten Staatsmann irre zu machen suchen, mit Ehrfurcht gehört zu werden. Es war kurz vor Weihnachten 1887. Herbert Bismarck verabschiedete sich von seinem kaiserlichen Herrn, ehe er für die Festtage nach Friedrichsruh zu seinen Eltern fuhr. Der Kaiser hielt, als er Bismarcks Sohn empfing, einen Brief in der Hand und sagte: „Ich habe hier einen Brief an Ihren Vater. Er ist sehr schlecht geschrieben. Bitte entschuldigen Sie mich bei ihrem Vater. Ich bin ein alter Mann, und es würde mir Mühe machen, den Brief abzuschreiben.“ Und dann, nach einer Pause, in weichem Tone: „Vielleicht sehe ich Sie heute zum letztenmal, und da will ich es Ihnen, als dem Sohne, doch sagen: ich habe Ihren Vater oft nicht verstanden und oft bekämpft, aber schließlich habe ich gesehen: Er hat immer Recht gehabt.“ Und er umarmte, was er sonst nie getan, Herbert Bismarck, dem die Tränen in den Augen standen, zum Abschied in tiefer Bewegung (1).

Die großen Männer leuchten sonnenhaft durch ihre Zeit; sie geben ihr Licht und Leben, sie leuchten noch künftigen Geschlechtern. Ein geschlagenes Geschlecht wie das unsere ist erst dann verloren, wenn es den Glanz der Sonne nicht mehr ertragen kann. Dann erst beginnt seine Nacht. Noch leuchtet der Abglanz der Bismarckzeit, die Deutschlands Sonnenhöhe war, durch Millionen deutscher Herzen. Bismarck selber aber, der das Sinken unserer Macht noch erlebte und den Zusammenbruch kommen sah, hat dennoch auf einen Wiederaufstieg und auf eine neue Zeit deutscher Größe gehofft. Diese Hoffnung im Herzen dürfen wir auch heute noch singen: „Deutschland, Deutschland über alles . . .“

(1) Mitteilung der Fürstin Herbert Bismarck. Im Vorlauf etwas abweichend, in der Sache übereinstimmend, bei Hugo Jacobi, Herbert Bismarck. Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog. Bd. 9 (1906), S. 106.

Exkurs 1.

Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen vom September 1879.

Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen vom September 1879 sind sehr verschieden aufgefaßt worden. Nach Ruchpahl (1) wäre es Bismarck darauf angekommen, einen Vertrag mit England zu schließen, der Deutschland Sicherung gegen Frankreich verschaffte. An der Unerreichbarkeit dieses Zieles seien die Verhandlungen gescheitert. Zu demselben Ergebnis gelangt auch Taube (2). Fester (3) legt den Nachdruck darauf, daß Bismarcks Weisung an Graf Münster, den deutschen Botschafter in London, gar keine Ermächtigung zu einem Bündnisangebot enthielt. Münster sollte nur sondieren, was England tun würde, wenn Deutschland sich den Zumutungen der russischen Orientpolitik verweigerte und darüber in Konflikt mit Rußland geriete. Daraus hätten Graf Münster und Beaconsfield ein Bismarcksches Bündnisangebot gemacht. Becker (4) sieht Bismarcks Absicht, ein Bündnis nicht nur mit Österreich, sondern auch mit England zu schließen, als feststehend an. Er meint, der Gedanke einer festen Anlehnung Englands an das deutsch-österreichische Bündnis habe ihn zunächst mehr bewegt, als der Gedanke, Rußland wieder als dritten im Bunde zu sehen. Daß Bismarck trotzdem auf Englands Bereitschaft nicht einging, hatte nach Becker eine doppelte Ursache: Kaiser Wilhelm widerspreche aufs äußerste einer antirussischen Wendung der deutschen Politik; Rußland aber machte angesichts der Gefahr seiner Isolierung wieder eine deutschfreundliche Schwenkung, so daß nun bei Bismarck der Gedanke einer Erneuerung des Dreikaiserbündnisses die Oberhand über den Gedanken des Vertrages mit England gewann.

Rothfels (5), der die Verhandlungen am eingehendsten darstellt, nimmt an, Bismarck habe, während die deutsch-österreichischen Bündnisverhandlungen noch schwebten, die Möglichkeiten prüfen wollen, „die neben oder vielleicht auch statt der österreichischen Rückendeckung in London sich darbieten konnten“. Diese Prüfung, durch Münster in einer Weise vorgenommen, die Deutschland als bereits zerfallen mit Rußland hinstellte, habe zunächst nicht die Gewähr sicherer Deckung durch England erbracht; als dann die englischen Staatsmänner aktive Teilnahme an einem Kriege Deutschlands und Österreichs gegen Rußland bestimmt zusagten, sei es zu spät gewesen, die Lage habe sich verschoben: Bismarck hatte bereits sichere Aussicht auf das Bündnis mit Österreich, das nicht mit orientpolitischen Verpflichtungen belastet war — wie ein

(1) Felix Ruchpahl, Bismarcks englische Bündnispolitik (Freiburg i. Br. 1922) S. 14—16. Derselbe, Deutschland und die Weltpolitik, Bd. 1: Die Bismarcksche Ära (Stuttgart 1923) S. 281. 289—297. Derselbe, Zur auswärtigen Politik Bismarcks. Weltwirtschaftliches Archiv Bd. 21 (1925) S. 92—100.

(2) Alexander von Taube, Fürst Bismarck zwischen England und Rußland (Stuttgart 1923).

(3) Richard Fester, Ein Bismarckdenkmal der Novemberrevolution. Deutsche Rundschau Bd. 195 (Juni 1923) S. 258 f.

(4) Otto Becker, Bismarck und die Einkreisung Deutschlands. Bd. 1: Bismarcks Bündnispolitik (Berlin 1923) S. 31 f. 35 Anm. S. 37—41.

(5) Hans Rothfels, Bismarcks englische Bündnispolitik (Stuttgart 1924) S. 44 ff.

Bündnis mit England es gewesen wäre — und daher auch die Möglichkeit der Erweiterung zum Dreikaiserbunde in sich trug. So sieht auch Rothfels die Bedeutung der ganzen Episode darin, daß Bismarck hier zum ersten Male an eine Option für England gedacht, sie dann aber doch nicht vollzogen habe.

Gerhard Ritter (1) sucht in einer wohl allzu feingespinnenen Unterfuchung zu erweisen, daß Bismarcks „Allianzfühler“ nach England hin nur eine taktische Maßnahme von vorübergehender Bedeutung gewesen sei. Sein Ziel war damals nur das Bündnis mit Österreich. Er erwartete zwar, daß dieses automatisch anziehend auf England wirken würde, wünschte aber keineswegs, die Frontstellung des Zweibundes gegen Rußland durch eine förmliche englische Allianz zu verstärken. Auch würde Kaiser Wilhelm auf diesem Wege nie mit ihm gegangen sein. Bestimmend war für Bismarck, nach Ritter, vielmehr der Wunsch, der Gefahr einer englisch-österreichischen Intimität; die Rußland herausfordern und zu einer neuen Orientkrise führen konnte, dadurch zu begegnen, daß er seinerseits den englischen Orientwünschen, wenn auch nur in unbestimmter Weise, entgegenzukommen schien, um so Österreich in London zu übertrumpfen und zugleich die Engländer auszuholen. Ein deutsch-englisches Bündnis konnte nicht Bismarcks Ziel sein: war es gegen Rußland gerichtet, so machte der Kaiser nicht mit, war es gegen Frankreich gerichtet, so wurde das eigentliche Ziel, der Abschluß mit Österreich, gefährdet, da Österreich auf gute Beziehungen zu Frankreich Wert legte. Also bloße Sondierung des Terrains, keine ernste Absicht. Einen Beweis für die Richtigkeit dieser Hypothese sieht Ritter in der Rühle, mit der Bismarck die Berichte Graf Münsters über Englands Bündnisbereitschaft aufnahm: erklärlich nur daraus, daß Bismarck das Bündnis gar nicht gewollt habe.

Wesentlich neue Gesichtspunkte hat die Forschung seitdem nicht mehr gebracht. Heller (2) sieht in Bismarcks Londoner Aktion nur einen Gegenzug gegen die Möglichkeit voller Abkehr Rußlands von Deutschland, also eine sekundäre Maßnahme, die von der Haltung Rußlands abhing und in dem Augenblick hinfällig wurde, in dem Rußland den Weg zu den Kaisermächten zurück suchte. Zu dem gleichen Ergebnis kommt Japikse (3). Nach Noack (4) hat Bismarck ein Bündnis mit England überhaupt nicht gewollt, als unverträglich mit seiner Friedenspolitik. Münster iff über seine Instruktion hinausgegangen. Unklar bleibt bei Noack freilich das Motiv, das Bismarck zu seinem Fühler in London bestimmt hat.

Alle nur denkbaren Versuche zur Deutung der deutsch-englischen Verhandlungen im September 1879 sind in den hier aufgezählten Schriften gemacht worden. Was noch fehlt, iff die Feststellung des Ergebnisses der Kontroverse. Zwei Fragen treten scharf heraus: die Frage nach Bismarcks Beweggründen zur Anknüpfung mit England und die Frage nach den Gründen des plötzlichen Abbruchs.

(1) G. Ritter, Bismarcks Verhältnis zu England und die Politik des „Neuen Kurses“ (Berlin 1924) S. 25—38. Auch im Archiv für Politik und Geschichte. Bd. 2, 1924. S. 530—543.

(2) Eduard Heller, Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis in Bismarcks Außenpolitik (Berlin 1925) S. 65—68.

(3) N. Japikse, Europa und Bismarcks Friedenspolitik (Berlin 1927) S. 105.

(4) Ulrich Noack, Bismarcks Friedenspolitik und das Problem des deutschen Machtverfalls (Leipzig 1928) S. 81, 84 ff.

Kein Zweifel, daß die Anknüpfung ernst gemeint war. Sie sollte Bündnisverhandlungen vorbereiten. Die Weisung an Graf Münster vom 16. September (1) enthält allerdings nicht den Auftrag, England ein Bündnis anzubieten, wohl aber einen Gedankengang, der auf ein deutsch-englisches Bündnis als mögliches und erwünschtes Ziel der befohlenen Verhandlungen hindeutet. Der Gedankengang ist klar: die deutsch-russischen Beziehungen haben einen so drohenden Charakter angenommen, daß sie „die ernsteste Aufmerksamkeit des Herrn Reichskanzlers erregen“; was wird England tun, wenn Deutschland sich aus Freundschaft für Österreich-Ungarn und für England der von Rußland gewünschten Unterstützung seiner Orientpolitik verweigert und darüber in Händel mit Rußland gerät? Denn eigene Interessen nötigen Deutschland nicht, sich den russischen Wünschen zu verlegen.

Diese Anfrage hatte nur dann einen Sinn, wenn Deutschland bereit war, sich auch fernerhin russischen Orientwünschen zu verweigern und dafür in der Freundschaft Englands (und Österreichs) Deckung gegen die Gefahr einer russischen Bedrohung zu suchen. Mit Österreich schwebten die Bündnisverhandlungen schon, jetzt sollte versucht werden, ob sie auch mit England eröffnet werden könnten. Diese Auslegung steht in vollem Einklang mit der Gasteiner Denkschrift vom 31. August, durch die Bismarck die Zustimmung Kaiser Wilhelms zu der geplanten Neuorientierung der deutschen Politik zu erlangen suchte (2). Die Freundschaft mit Rußland wird in der Denkschrift als zerbrochen hingestellt. Deutschland kann sich gegen russische Zumutungen und Drohungen nur durch ein Bündnis mit Österreich decken. „An dieses Bündnis der beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche würde England dann sehr gern eine feste Anlehnung nehmen.“ Auch Frankreich würde sich zu einem Kriege gegen uns nur sehr schwer entschließen, wenn zugleich England sein Gegner wäre, würde aber seinen Revanchegelüsten nachgeben, wenn Deutschland isoliert durch Rußland angegriffen würde. Ist Deutschland aber mit Österreich verbündet, und schließt England sich dem Bündnisse an, so wird ein russischer Angriff wahrscheinlich ganz unterbleiben, jedenfalls kaum auf Teilnahme Frankreichs rechnen können. Schon das preußisch-österreichische Bündnis von 1864 hatte die Wirkung, daß keine europäische Macht wagte, die deutschen Verbündeten anzugreifen. Jetzt ist das Deutsche Reich „mehr als doppelt so stark wie das damalige Preußen; dabei können wir England, damals unser Gegner, als dritten im Bunde voraussehen.“

Dreimal also, stets in neuer Gedankenverbindung, wird die Aussicht auf Englands Anschluß an das deutsch-österreichische Bündnis betont: im Hinblick auf die russische, auf die französische Gefahr, auf Europa im ganzen. Daß Bismarck bei seinem Ringen um die Zustimmung seines kaiserlichen Herrn diesen Gedanken derartig stark betont haben sollte, wenn es ihm überhaupt nicht ernst mit der Ausführung gewesen wäre, ist für mich eine unannehmbare Vorstellung. Die Erklärungsversuche von Fester, Ritter (3)

(1) Dipl. Akt. Bd. 4, S. 4—6.

(2) Dipl. Akt. Bd. 3, S. 26 ff.

(3) Nach Ritter, S. 26 (531), hätte Bismarck in seiner Gasteiner Denkschrift nur von einer „gewissermaßen automatisch wirkenden Anziehungskraft des mitteleuropäischen Blocks auf die englische Seemacht“ gesprochen „mit keinem Wort“ aber von einer förmlichen englischen Allianz. Ich sehe nicht, wie die (oben zitierten) Worte „England als dritten im Bunde voraussehen“ anders zu deuten sind als im Sinne eines förmlichen Bündnisses, eines deutsch-österreichisch-englischen Dreibundes.

und Noack, untereinander ganz verschieden, einzig nur darin, daß sie die deutschen Verhandlungen mit England nicht ernst nehmen, an keine Bündnisabsicht Bismarcks glauben, erscheinen mir daher in diesem Punkte unhaltbar. Wer etwa den Argumenten der Gasteiner Denkschrift skeptisch gegenübersteht, weil es zum Teil Argumenta ad hominem sind, würde doch nie erklären können, inwiefern gerade die Lockung mit der englischen Bündnismöglichkeit ein auf den alten Kaiser zugeschnittenes Argument darstellen sollte: in Wahrheit hat es ja den Kaiser vielmehr kopfscheu gemacht! Zudem heißt es auch in dem kurz danach, am 10. September, an König Ludwig II. von Bayern gerichteten Brief, der Bismarcks neue Bündnispläne knapp zusammenfaßt: „Das Deutsche Reich im Bunde mit Österreich würde der Anlehnung Englands nicht entbehren“ (1). Dieser Gedanke gehörte eben zur Sache und durfte daher auch in dem knappen Urriß nicht fehlen, der den König von Bayern über die Lage unterrichten sollte. Rothfels ist durchaus im Recht, wenn er ausspricht, ein Erfolg der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen würde eine „Option“ im vollen Wortsinne bedeuten haben (2). Bismarck selbst schreibt an König Ludwig, die orientpolitischen Forderungen Rußlands liefen darauf hinaus, „daß wir definitiv zwischen Rußland und Österreich ‚optiren‘ sollen“. Da aber nach Bismarcks damaliger Absicht das englische Bündnis mit dem österreichischen zusammengehen sollte, so muß er in der Tat auch eine Option zwischen Rußland und England als vielleicht notwendig ins Auge gefaßt haben.

Warum ist sie unterblieben? Weil England keine genügende Sicherung gegen die französische Gefahr bot? Weil Graf Münsters Ungeschick das Spiel verdarb? Weil Rußland wieder einlenkte? Weil Kaiser Wilhelm nicht mitgehen wollte? Jede dieser Antworten, teils für sich allein, teils kombiniert und in mancherlei Abwandlungen der Formulierung, ist gegeben worden.

Die erste Antwort ist Raschahls und Taubes Lösung. Sie hat sonst keinen Anklang gefunden und darf als widerlegt gelten (3). Bismarck hat nicht, wie Raschahl annimmt, bei England nach Ersatz dafür gesucht, daß Österreich seinem Bündnis mit Deutschland nur eine antirussische, aber keine antifranzösische Spitze geben wollte. In das entgegengesetzte Extrem wie Raschahl fällt jedoch Ritter (4), wenn er eine antifranzösische Spitze des geplanten deutsch-englischen Bündnisses als etwas Bismarck Unwillkommenes, als das um Österreichs willen gerade zu Vermeidende hinstellt. Die erwähnte Gasteiner Denkschrift hebt ausdrücklich den Wert hervor, den ein deutsch-englisches Bündnis auch gegenüber der französischen Gefahr haben würde, und die von Beaconsfield angebotene Überwachung Frankreichs durch England hat Bismarck „eine sehr dankenswerte Hilfe“ genannt (5). Er würde gewiß nichts einzuwenden ge-

(1) Gedanken und Erinnerungen Bd. 2, S. 241.

(2) Rothfels, S. 52. Gegen ihn G. Ritter a. a. O., S. 34 (539), Anm. 51.

(3) Durch Rothfels, Ritter und Heller, S. 65 ff. Die Erwiderung von Rothfels auf den oben (S. 23 Anm. 1) zu dritt genannten Aufsatz Raschahls ist nur als Privatdruck (1925) erschienen (aus Rücksicht auf Raschahls plötzlichen Tod).

(4) Ritter, S. 29 (534).

(5) Dipl. Akt. Bd. 4, S. 10. — Erst später, Wochen nachdem der Plan eines deutsch-englischen Bündnisses erledigt war, erschien allerdings eine französisch-englische Intimität

habt haben, wenn Beaconsfield in der antifranzösischen Richtung noch einen Schritt weiter gegangen wäre. Österreich aber würde sich, wenn es nur selber in keine antifranzösische Richtung gedrängt wurde, im Jahre 1879 mit einem Bündnispartner, der Deutschland gegen Frankreich deckte, ebenso abgefunden haben wie im Jahre 1882, als an Englands Stelle Italien, und zwar in seiner Eigenschaft als Gegner Frankreichs, der dritte im Bunde wurde.

Die zweite Antwort war, Graf Münster habe das Spiel verdorben. Rothfels mißt der Ungeschicklichkeit oder Eigenmächtigkeit, mit der der Botschafter seine Weisung ausführte, eine schwerwiegende, aber doch nicht geradezu entscheidende Bedeutung bei. Die Frage, die Graf Münster in Bismarcks Auftrag an Beaconsfield richten sollte, betraf nur Englands Haltung in einem Konflikt, in dem Deutschland mit Rußland geriete, wenn es fortführe, die englischen und österreichischen Wünsche in der orientalischen Frage zu unterstützen. Es war offenbar Münsters Schuld, wenn seine Unterhaltung mit Beaconsfield „auf ein falsches Gleis“ geriet (mit Rothfels zu reden) und der Eindruck entstand, als suchte Deutschland bei England Deckung gegen die Gefahr eines französischen Angriffs für den Fall eines (anscheinend drohenden) deutsch-russischen Krieges (1). In einem späteren Stadium der Verhandlung würde sicherlich auch diese Frage zu behandeln gewesen sein. Daß sie jetzt schon gestellt und durch Beaconsfield in einem leidlich, wenn auch nicht völlig befriedigenden Sinne beantwortet wurde, kann für das schließliche Scheitern der gesamten Verhandlung nicht ausschlaggebend gewesen sein. Denn, an seinen eigentlichen Auftrag erinnert, berichtete Münster nachträglich, nach seiner Überzeugung sei es für Beaconsfield selbstverständlich, daß England sich an einem aus der orientalischen Frage entstandenen Kriege Deutschlands und Österreichs gegen Rußland aktiv beteiligen würde. Ein Gespräch mit Salisbury, das dieser von sich aus herbeiführte, setzte den Botschafter wenige Tage später noch in stand, für die Richtigkeit dieser seiner Auffassung das Zeugnis

Bismarck als willkommen: sie bewahrte Deutschland vor der Gefahr eines französisch-russischen Bündnisses und konnte, bei dem Fehlen jedes deutsch-englischen Gegensatzes, nur zügelnd auf Frankreich wirken, damit also dem Frieden dienen. Diktat Bismarcks vom 10. November 1879. Dipl. Akt. Bd. 3, S. 131. Ritter durfte aber nicht diese spätere, aus veränderter Situation stammende Äußerung Bismarcks als Beleg dafür anführen, daß Bismarck im September, während der Verhandlungen über das deutsch-englische Bündnis, gewünscht hätte, diesem jede antifranzösische Spitze fernzuhalten. Eine Randbemerkung Bismarcks zu Münsters Bericht vom 27. September weist sogar deutlich auf das Gegenteil hin. Münster schreibt, der Prinz von Wales würde bei einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland vielleicht zu Frankreich neigen, bei einem Kriege gegen Rußland und Frankreich aber sicher auf Deutschlands Seite stehen. Dazu Bismarcks Glosse: „Wiener Rezept“ — ein Ausdruck der Verstimmung, vielleicht der Selbstberuhigung, darüber, daß auch in England, wie in Österreich, ein gut Teil frankophiler Stimmung lebendig war.

(1) So stark Münsters Bericht auch von dem Memorandum Beaconsfields — beide vom 27. Sept. — abweicht: darin stimmen beide überein, daß Münster die ihm aufgetragene Frage nicht präzise gestellt hat. Dipl. Akt. Bd. 4, S. 7—10. Buckle, Life of Disraeli, Earl of Beaconsfield, VI (London 1920) S. 486—489.

Saltsburys beizubringen (1). Damit war Bismarcks Frage eindeutig und befriedigend beantwortet.

Wenn danach die Verhandlung trotzdem durch Bismarck abgebrochen worden ist, so muß inzwischen etwas eingetreten sein, was ihn zur Umkehr bestimmte. Und das war in der Tat der Fall. Von offenbar entscheidender Bedeutung für Bismarck war die am 16. September — noch ehe irgend eine Nachricht von Graf Münster vorlag — gewonnene Erkenntnis, daß sein kaiserlicher Herr, der schon dem Bündnis mit Österreich aufs entschiedenste widerstrebte, auf keinen Fall obendrein noch für das englische Bündnis zu gewinnen sei. Aus den eingehenden Darlegungen des Kaisers über seine Begegnung mit dem Zaren und über Bismarcks Bündnisziele greift Bismarck zunächst nur einen einzigen Satz heraus, um ihn sofort durch ein langes Telegramm zu beantworten (2). Der Kaiser war erschüttert von dem Gedanken eines Bündnisses, das er mit Österreich, England („und vielleicht mit Frankreich“, wie er irrtümlich hinzufügt) gegen Rußland abschließen sollte. Bismarck beruhigt ihn sofort, er habe niemals zu einem Bündnis mit diesen drei Mächten geraten, und er hat seitdem — wie schon Ritter (3) richtig hervorhebt — nichts mehr von dem Gedanken des englischen Bündnisses verlauten lassen. Ja, er hat sogar in der zweiten Weisung an Münster (vom 8. Oktober), die die Erinnerung an die ursprünglich befohlene Fragestellung enthält, ausdrücklich untersagt, daß der Botschafter jezt noch einmal darauf zurückkomme! Und als Münster dann von Salisbury darauf angerebet wird und nun in seinem letzten Berichte, einem eigenhändigen Privatbrief an Bismarck (vom 17. Oktober), gar die wichtige Meldung eines englischen Bündnisangebotes an Deutschland und Österreich bringen kann, da hat Bismarck gar keine Notiz mehr davon genommen. Die sonst üblichen Randbemerkungen Bismarcks fehlen, Münster erhält keine Antwort, und in einem zusammenfassenden Überblick, den der Kanzler kurz danach, am 10. November, seinem Sohne Herbert in die Feder diktiert (4), ist nur von jenen ersten Äußerungen Beaconsfields die Rede, mit keinem Wort von dem Bündnisangebot Saltsburys: es kommt nicht mehr in Frage, es scheidet aus.

(1) Berichte Münsters vom 14. und 17. Oktober. Dipl. Akt. Bd. 4, S. 11—13. Vgl. den Brief Saltsburys an Beaconsfield vom 15. Oktober. G. Cecil, Life of ... Salisbury, II (London 1921) S. 368.

(2) Wilhelm I. an Bismarck, Danzig 10.—12. September, von Bismarck in Gastein erhalten am 16. September. Dipl. Akt. Bd. 3, S. 66. Telegramm Bismarcks an den Kaiser, 16. September. Ebenda S. 76.

(3) Ritter, S. 27 (532). Als Erster hat Becker (S. 39f.), dessen Darstellung ich in der Hauptsache zustimme, die hemmende Wirkung des Kaisers erkannt. Erst Ritters Hinweis setzt aber den vollen Akzent darauf.

(4) Dipl. Akt. Bd. 3, S. 131. — Ritter, S. 35f. (540f.), sieht in der Art des Abbruchs der Verhandlungen den stärksten Beweis für die innerliche Kühle, mit der Bismarck allen englischen Bündnismöglichkeiten — von vornherein — gegenübergestanden habe, einen zwingenden Gegenbeweis gegen die Annahme ernstlicher Bündniswünsche bei Bismarck. Mir scheint Bismarcks Haltung, wie auch das Diktat für das Auswärtige Amt, nur zu beweisen, daß ihm damals, im Oktober und November, daran gelegen war, eine aufgegebenen Sache möglichst spurlos zu begraben. Auf seine ursprünglichen Absichten aber ist aus der Art des Abbruchs kein Schluß zu ziehen.

Dieser durch den Kaiser veranlaßte Verzicht auf das Bündnis mit England wurde nun aber Bismarck durch die Entwicklung erleichtert, die bald darauf die Dinge in Rußland nahmen. Von einer ehrlich gemeinten Schwenkung der russischen Politik war allerdings nach Bismarcks Auffassung keine Rede. Die Freundschaftsver Versicherungen, durch die Alexander II. seinen kaiserlichen Oheim von Deutschland in Alexandrowo gewann, haben Bismarck nicht überzeugt (1), und für die süßen Reden General Saburows und der russischen Diplomaten hatte Bismarck nur Spott und Hohn. „Drei russische Botschafter dinieren heute (28. Sept.) bei mir, um alles wieder zu applanieren, mit ihrer slawischen Verlogenheit und Beweglichkeit fließen sie über von freundschaftlichen Versicherungen“ (2). Aber eins zeigten ihm diese Ergüsse: die Hinwendung Deutschlands zu Österreich hatte Rußland Furcht gemacht, und damit hörte Rußland zunächst auf, selber als furchterregend, als Gefahr für den europäischen Frieden zu erscheinen.

Erhaltung des Friedens aber war das letzte und eigentliche Ziel der Bismarckschen Außenpolitik. Auch der geplante deutsch-österreichisch-englische Dreibund sollte keinem anderen Ziele dienen. Wenn Graf Münsters Eröffnungen bei den englischen Staatsmännern den Eindruck erweckt haben, Bismarck suche nach Bundesgenossen für einen drohenden allgemeinen Krieg, wenn Salisbury sogar auf den Gedanken kam, Bismarck wolle diese Gelegenheit zur Verbesserung der deutschen Ostgrenze benutzen (3), so trifft die Schuld an diesen Irrtümern nicht Bismarck, sondern vor allem seinen ungeschickten Botschafter, der das alte, seit dem Berliner Kongreß beruhigte Mißtrauen gegen den großen deutschen Staatsmann, als Vertreter einer immer weiter greifenden Machtpolitik, sehr zu Unrecht aufs neue geweckt hat. An sich würde der Bund Deutschlands mit Österreich und England ebenso gut friedenerhaltend haben wirken können wie später der Dreibund es tat. Er würde eine offensive Orientpolitik Rußlands verhindern, nach Bismarcks Überzeugung auch Frankreichs Kriegslust im Zaune gehalten haben (4).

Da Bismarck nun den Dreibund zwischen Deutschland, Österreich und England als unerreichbar ansehen mußte, da andererseits schon die bloßen Vorspiele des deutsch-österreichischen Zweibundes einschüchternd auf Rußland wirkten, so war es natürlich, daß Bismarck jetzt die Erweiterung des Zweibundes in der Rückgewinnung Rußlands für den alten Gedanken des Dreikaiserbundes suchte.

Exkurs 2.

Zu den jüngsten Angriffen auf Bismarck.

(Nowak, Das dritte Deutsche Kaiserreich.)

Der Rückversicherungsvertrag, wurde oben bemerkt (S. 18), mußte namentlich vor England geheimgehalten werden. Daher ist nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. nicht Kaiser Friedrich, aus Furcht vor Indiskretion seiner Gemahlin, eingeweißt worden, sondern nur Kronprinz Wilhelm. „Ihr Kronprinz weiß übrigens um die Sache“, sagte im Mai 1888 der russische Minister von Giers zum deutschen Botschafter von Schweinitz.

-
- (1) Bismarck an den Kaiser, 15. September. Dipl. Akt. Bd. 3, S. 82.
 - (2) Lucius von Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen (Stuttgart 1920) S. 176.
 - (3) Salisbury an Beaconsfield, 29. Sept. Cecil Bd. 2, S. 365.
 - (4) Gasteiner Denkschrift vom 31. August. Dipl. Akt. Bd. 3, S. 31.

R. F. Nowak veröffentlicht in seinem Buche über das dritte Deutsche Kaiserreich den Brief des Botschafters, in dem diese Worte stehen, fügt aber hinzu, die Behauptung des Ministers stimme mit den Tatsachen nicht überein (1). Er selber gibt eine Darstellung, nach der Kaiser Wilhelm II. erst bei Bismarcks Enklaffung, am oder kurz nach dem 18. März 1890, zum erstenmal, und zwar durch Caprivi, vom Rückversicherungsvertrag hörte und „völlig überrascht“ war, daß ein Geheimvertrag mit Rußland bestände. Nowaks Buch enthält zugleich die paradoxe Beurteilung der Bismarckschen Bündnispolitik, die je laut geworden ist. Sie gipfelt in den oben (S. 23) angeführten Worten von Bismarcks Selbstfeinkreisung. Man könnte über das Buch, als das Werk eines Dilettanten, dem jede wissenschaftliche Methode fehlt, stillschweigend hinweggehen, wenn es nicht unter seinen Quellen an erster Stelle angäbe (S. 243): „Mitteilungen, Gespräche und Aufzeichnungen Kaiser Wilhelms II. Handschriftlicher Kommentar Kaiser Wilhelms II. zum dritten Bande von Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen.“ Der Kaiser hat das Buch in der Tat öffentlich anerkannt und einem englischen Journalisten schriftlich erklärt: „Nowak's account of the dismissal of Prince Bismarck is in every detail authentic.“ Von Nowaks Arbeitsweise aber schreibt er: „He writes only what he has proved to be authentic; that is, what he really knows and what he can defend by conviction“ (2). Das anerkennende Urteil des Kaisers wird durch keine Kritik an Nowaks Darstellung der Bismarckschen Bündnispolitik eingeschränkt; so entsteht der Eindruck, daß der Kaiser auch diese gutheißt, wie er die Erzählung von der Enklaffung Bismarcks, an deren Schluß jenes Staunen des jungen Monarchen über den Rückversicherungsvertrag steht, als authentisch bis ins Einzelne anerkennt.

Innere Gründe machen es von vornherein im höchsten Grade unwahrscheinlich, ja unmöglich, daß Kaiser Wilhelm II. in den beiden ersten Jahren seiner Regierung, in denen er zweimal persönliche Aussprachen mit dem Zaren Alexander III. hatte, im Juli 1888 in St. Petersburg, im Oktober 1889 in Berlin, über die vertragliche Grundlage der deutsch-russischen Beziehungen im Unklaren geblieben sein soll. Der russische Minister von Giers sagte in der erwähnten Unterredung mit Schweinitz: „Es lastet schwer auf dem Gemüte meines Herrn, daß er dem Kaiser Friedrich, den er so hoch verehrt, nichts von dem Vertrage sagen darf; er sieht aber ein, daß dies jetzt unmöglich ist und daß wir dem Fürsten Bismarck unbedingtes Vertrauen schenken dürfen.“ Und dieser Zar, mit seinem starken monarchischen Selbstgefühl, sollte sich darauf eingelassen haben, daß er auch nach dem Tode Kaiser Friedrichs, als jener Grund für Geheimhaltung wegfiel, hinter dem Rücken des befreundeten Monarchen mit dem fremden Minister geheime Politik triebe?

Diese inneren Gründe werden durch die urkundlichen Zeugnisse voll bestätigt. Bismarck schrieb am 9. Mai 1888 dem damaligen Kronprinzen Wilhelm (3): „Die geheimen Verträge, welche wir mit Rußland haben, sind Ew. Kaiserlichen Hoheit bekannt. Ihr Text gibt die Gewißheit, daß Rußland beabsichtigt, in die ‚Sackgasse‘ hineinzugehen, und es würde schon darin sein, wenn es nicht auf unser Verlangen durch

(1) Karl Friedrich Nowak, Das dritte Deutsche Kaiserreich. 1. Bd.: Die überbrungene Generation (Berlin 1929) S. 247. Vgl. S. 97. 234.

(2) The Evening Standard, 20. Dezember 1929. Der Wortlaut ist ursprünglich deutsch, liegt aber nur in englischer Übersetzung vor.

(3) Dipl. Akt. Bd. 6, S. 306.

österreichische Opposition daran gehindert würde. Kommt diese Opposition in Wegfall, so hört damit auch die russische Zurückhaltung auf.“ Diese Sätze können nur an einen Leser gerichtet sein, der mit dem deutschen Bündnis- und Vertragssystem, vor allem auch mit den Bestimmungen des Rückversicherungsvertrages über die türkischen Meerengen, voll vertraut ist. Mit der „Sackgasse“ sind nämlich diese Meerengen gemeint. Denn durch ihre Besitzergreifung würde Rußland die Feindschaft Englands und anderer Mächte, unter Umständen auch Frankreichs, auf sich ziehen und damit in eine Sackgasse geraten. Daß Rußland trotzdem „beabsichtigt“, hineinzugehen, ergibt sich aus dem Rückversicherungsvertrag, Zusatzprotokoll § 2, in dem Deutschland seine wohlwollende Neutralität zusagt, falls Rußland die Verteidigung der Meerengen in seine eigene Hand nimmt. Diese Zusage hatte nur Sinn, wenn eine solche Absicht Rußlands vorlag. An der Ausführung dieser Absicht wird aber Rußland „auf unser Verlangen durch österreichische Opposition“ gehindert, d. h. durch das oben (S. 16) erwähnte Balkanabkommen, das auf Deutschlands Anregung Österreich im Dezember 1887 mit England und Italien zum Schutze des türkischen Besitztandes in Bulgarien und an den Meerengen abgeschlossen hat. Mit Wegfall dieses Abkommens würde die russische Zurückhaltung aufhören.

Alles dies konnte Bismarck dem Kronprinzen natürlich nur schreiben, wenn sein erster Satz zutrifft: „Die geheimen Verträge, welche wir mit Rußland haben, sind Ew. Kaiserlichen Hoheit bekannt.“ Auch die Anwendung der Mehrzahl „Verträge“ ist nicht ohne Bedeutung: der Rückversicherungsvertrag bestand aus zwei getrennten, aber vom selben Tage datierten Vertragsurkunden, dem Neutralitätsvertrag und dem Zusatzprotokoll über Bulgarien und die Meerengen. Entsprach dieser erste Satz nicht den Tatsachen, so hätte der Kronprinz antworten müssen: „Ich kenne die geheimen Verträge nicht und kann daher auch die aus ihrem Text gezogenen Schlußfolgerungen nicht beurteilen.“ In der Antwort des Kronprinzen (vom 10. Mai 1888) findet sich aber nichts derartiges. Dagegen haben wir zum Überflus noch eine weitere Bestätigung für das Wissen des Kronprinzen um den Rückversicherungsvertrag. Herbert Bismarck hat später seiner Gattin erzählt: „Wir haben aus Furcht vor englischen Indiskretionen dem Kaiser Friedrich während der 99 Tage seiner Regierung nichts von dem Vertrage gesagt. Aber um uns zu decken (1), haben wir den damaligen Kronprinzen eingeweiht, der mit der Verheimlichung vor seinem Vater ganz einverstanden war.“

Einen Monat nach seiner Thronbesteigung, Mitte Juli 1888, machte Kaiser Wilhelm II. seinen Antrittsbesuch in St. Petersburg. Für seine Besprechungen mit dem Zaren erhielt er ein Promemoria Bismarcks mit auf den Weg (2). Nowak hat neuerdings geltend gemacht (3), daß in dieser Instruktion „alles mögliche zur Vermeidung

(1) Mitteilung der Fürstin Herbert Bismarck, der besonders diese Wendung wörtlich im Gedächtnis geblieben ist.

(2) Dipl. Akt. Bd. 6. S. 311 ff.

(3) Deutsche Allgemeine Zeitung 2. März 1930: „Die Geschichtsklitterung. Antwort an den Vizepräsidenten des Reichstags Siegfried v. Kardorff.“ Dessen Angriff auf Nowak siehe in der Nummer vom 16. Februar. Diese Kontroverse, die in der Nummer vom 8. März zu gebührender Abfertigung Nowaks durch Kardorff führt, konnte nur während des Druckes der vorliegenden (bereits im Januar geschriebenen) Arbeit noch berücksichtigt werden.

einer politischen Unterhaltung, nur kein einziges Wort über das Geheimabkommen mit Rußland steht.“ Das Geheimabkommen selbst wird allerdings nicht wieder erwähnt wie in Bismarcks Brief vom 9. Mai an den damaligen Kronprinzen, wohl aber wird sein Inhalt in allen wichtigen Punkten berührt und in Erinnerung gebracht. Bismarck setzt in dem Promemoria erst auseinander, daß die Freundschaft Österreichs sicherer sei als die Rußlands, und fährt dann fort: „Wohl aber können wir die russische Politik gewähren lassen in Richtungen, welche für Österreich keine Lebensfragen bilden, also in der asiatischen Richtung einschließlic des Schwarzen Meeres, der Meerengen und selbst Konstantinopels“: ganz im Sinne des Zusatzprotokolls S 21. . . „Wir haben deshalb keinen Grund, Rußlands Streben nach den Meerengen zu hindern. Das ist dem Kaiser Alexander amtlich bekannt“: eben durch jenen Paragraphen. „Es empfiehlt sich aber für uns taktisch nicht, in Besprechung dieser Frage jetzt Rußland gegenüber eine Initiative zu ergreifen, Rußland irgend ein Anerbieten zu machen oder ihm auch nur um eines Haares Breite entgegenzukommen. Jede Bereitwilligkeit dazu würde bei der russischen Überhebung so ausgelegt werden, als ob wir Rußlands guten Willen brauchten, weil wir Furcht hätten, und als ob man deshalb über uns verfügen könnte.“ Bismarck hat also nicht, wie Nowak schreibt, vom Kaiser verlangt, „daß er unter keiner Bedingung irgendwelche politischen Gespräche mit dem Zaren führe“ — ein solches Verlangen wäre ja auch in dem Augenblick unerfüllbar geworden, in dem der Zar selbst von Politik anfang —, sondern Bismarck hat nur betont, daß Deutschland keine politischen Wünsche an Rußland habe, und daß daher auch der Kaiser keine verlaufen lassen solle. Der Besuch ist nur ein Freundschaftsbeweis des jüngeren Kaisers gegenüber dem älteren verwandten Nachbarn. „Politik ist dabei unsererseits nicht beabsichtigt. Will Kaiser Alexander solche zur Sprache bringen, so wird er die ihm bekannten freundlichen Gesinnungen wohlwollender Neutralität finden bezüglich aller russischen Bestrebungen, welche nicht Angriffe auf Österreich sind“: also Hinweis auf die im Rückversicherungsvertrag festgesetzte Verpflichtung Deutschlands zu wohlwollender Neutralität außer im Falle eines russischen Angriffs auf Österreich. Das Promemoria rekapituliert tatsächlich den Inhalt beider Urkunden des Rückversicherungsvertrages in allen wesentlichen Punkten. Im letzten Absatz lenkt Bismarck noch einmal zu den orientalischen Bestimmungen des Vertrages zurück: „Der Kaiser von Rußland weiß außerdem, daß er bei orientalischen Bestrebungen, welche Österreich nicht schädigen, auf kein Hindernis von unserer Seite stoßen würde; er weiß das amtlich, und es ist nicht nötig, ihn dessen von neuem zu versichern.“ Wenn Kaiser Wilhelm nichts von diesen Abmachungen wußte, hätte er bei diesem zweimaligen Hinweis auf das amtliche Wissen des Zaren um jene orientalischen Bestimmungen stußen und fragen müssen, in welcher Weise der Zar amtlich unterrichtet war. Daß dieses „amtlich“ ein „vertraglich“ bedeutete, wurde aus naheliegenden Gründen der Vorsicht nicht gesagt: der Rückversicherungsvertrag war tief geheim und wäre verraten worden, wenn ein Zufall dieses Promemoria vor andere Augen als die des Kaisers brachte; der Kaiser selbst aber wußte ja, was „amtlich“ hier bedeutete.

Kurz nach der Rückkehr des Kaisers aus St. Petersburg schrieb Bismarck einen Immediatbericht (1), in dem ein längerer Abschnitt vom Rückversicherungsvertrag

(1) Am 19. August 1888. Dipl. Akt. Bd. 6, S. 341 ff. Nowak hat anfangs (D. N. 3. 2. März) zu erweisen gesucht, daß der Immediatbericht nie abgegangen sei, hat

handelt und dem Kaiser erklärt, warum der Vertrag nicht auf fünf Jahre geschlossen wurde, wie Rußland ursprünglich wollte, sondern nur auf drei Jahre. Auch in der Zeit zwischen seiner ersten Petersburger Reise und Bismarcks Entlassung ist er an den Inhalt des Vertrages erinnert worden. Im Oktober 1889 wurde der Zar in Berlin erwartet. Er kam von Kopenhagen. Die Zarin, die ebenfalls erwartet wurde, ließ in letzter Stunde absagen und fuhr von Kopenhagen über Königsberg nach Rußland zurück. Diese Unhöflichkeit verstimmt den Kaiser, der nun auch vom Zaren „Grobheiten“ erwartete. Herbert Bismarck beruhigte ihn und wies auf Deutschlands „geheime Abreden“ d. h. auf den Rückversicherungsvertrag hin; darauf erklärte der Kaiser, „den Zaren höflich, wenn auch ohne Liebe behandeln zu wollen“ (1). Also deutlich ein Erinnern an etwas Bekanntes, was nicht näher erläutert zu werden braucht und daher auch keine Überraschung erregt.

Am 10. Februar 1890 machte Bismarck dem russischen Botschafter, Grafen Schuwalow, eine Andeutung von seiner bevorstehenden Entlassung. Schuwalow erinnerte im Verlauf des Gesprächs an den im Juni ablaufenden Geheimvertrag und regte dessen Erneuerung an. Bismarck stimmte zu und erhielt bald darauf, jedenfalls vor Schuwalows Abreise nach St. Petersburg am 26. Februar, die Ermächtigung des Kaisers zur Erneuerung des Rückversicherungsvertrags. Als Schuwalow am 17. März nach Berlin zurückkehrte und den neuen Vertragsentwurf mitbrachte, hörte er, schmerzlich überrascht, von Bismarcks unmittelbar bevorstehendem Rücktritt. Da er, wegen des Geheimcharakters des Vertrages, Vollmacht zur Verhandlung nur mit Bismarck Vater und Sohn hatte, mußte er zunächst innehalten. Der Kaiser, durch Herbert Bismarck unterrichtet, war so bestürzt, daß er den russischen Botschafter mitten in der Nacht wecken ließ und ihn um seinen Besuch am frühen Morgen bat: er wollte am Rückversicherungsvertrag festhalten. „Ich bitte Sie“, sagte er dem Botschafter, „Seiner Majestät mitzuteilen, daß ich meinerseits durchaus geneigt bin, unser Abkommen zu erneuern“ (2).

Diese bekannten Vorgänge mußten in Erinnerung gerufen werden, um die „bis ins Einzelne authentische“ Darstellung, die Nowak (S. 234) nach den Angaben des Kaisers bietet, ins rechte Licht zu setzen. Nach dieser Darstellung machte der künftige Kanzler, General von Caprivi, dem Monarchen Meldung über den von Bismarck unklar angedeuteten Sinn von Schuwalows Ankunft. „Von der Meldung des Generals war der Kaiser völlig überrascht. Er begriff zunächst überhaupt nicht, wovon der kommende Kanzler sprach. Von dem Bestehen eines Geheimvertrages mit Rußland hatte er nie ein Wort gehört. Zunächst glaubte er die Meldung auch nicht, so ungeheuerlich erschien

dann (D. A. Z. 6. März) den Beweis zwar als mißlungen zugeben müssen, unbegreiflicherweise aber an der Behauptung festgehalten, daß der Kaiser den Bericht nicht erhalten habe Kardorff hat (D. A. Z. 8. März) aktenmäßig festgestellt, daß der Bericht durch das Auswärtige Amt an den Kaiser expediert worden ist.

(1) Herbert Bismarck an seinen Vater, 5. Oktober 1889. Archiv zu Friedrichsruh.

(2) Die Quellen bei Serge Gorianov, *The End of the Alliance of the Emperors*. *American Hist. Review*, Bd. 23 (1918) S. 340 ff. und in den *Dipl. Akt.* Bd. 7, S. 3f Die eingehendste und beste Darstellung: Richard Frankenberg, *Die Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages im Jahre 1890* (Berlin 1927) S. 31 ff. Zur Ergänzung: v. Schweinitz, *Denkwürdigkeiten* Bd. 2 (Berlin 1927) S. 400.

sie ihm: das Abkommen war offener Verrat am Dreibund.“ Es ist erstaunlich, wie hier das Gedächtnis des Kaisers im freien Spiel der Phantasie die Dinge umgestaltet, noch erstaunlicher aber die um historische Quellen und Forschungen völlig unbekümmerte Wiedergabe dieses Phantasiegebildes durch Nowak.

Die Unzuverlässigkeit des kaiserlichen Gedächtnisses war schon in seinen „Ereignissen und Gestalten“ hervorgetreten und hat die Geschichtsforschung in manchem zunächst irre geführt. Es sei nur erinnert an seine Darstellung von der Entstehung der Krügerdepesche (1)! Der Kaiser erscheint darin als der leidende Teil, als der einsichtige Warner, dem die Absendung der unglücklichen Depesche durch seine amtlichen Berater aufgedrängt wird! Seine eigene, aktenmäßig feststehende Erregung gegen England ist ebenso vergessen wie die energisch zügelnde Haltung Hohenlohes. Hier, wie im Fall des Rückversicherungsvertrages, werden die Dinge nicht etwa ungenau dargestellt, leise verändert — nein: durch eine hemmungslose Phantasie ins Gegenteil verwandelt.

Und das gleiche Bild immer wieder, in großen und kleinen Fragen, sobald es sich um Dinge handelt, an denen der Kaiser persönlich mit starker Neigung oder Abneigung beteiligt ist. Zu diesen gehörte die Erwerbung Helgolands. Im März 1889 war Herbert Bismarck, damals Staatssekretär des Auswärtigen, wegen Samoas und anderer kolonialer Fragen in besonderer Mission in London. Er hatte ein Gespräch auch mit Chamberlain, der damals nur Mitglied des Unterhauses, nicht des Kabinetts war. Chamberlain regte die Abtretung Helgolands gegen deutschen Kolonialbesitz an und schlug dem Staatssekretär vor, darüber mit Salisbury, dem Premierminister, zu sprechen. Herbert Bismarck empfand das als undiplomatisch. „Rede ich gleich mit Salisbury,“ schrieb er seinem Vater, „so zeigt das vielleicht zu viel empressement“. Der Vater stimmte zu durch die Randbemerkung: „Ja“. Er wußte, daß dem Kaiser an der Erwerbung Helgolands viel gelegen war. Bald darauf sprach Chamberlain selbst mit Salisbury über Helgoland, und dieser redete nun den deutschen Botschafter, Graf Hatzfeldt, daraufhin an. Hatzfeldt berichtete an Fürst Bismarck und fragte, ob er bei geeigneter Gelegenheit dem Minister gegenüber auf diese Frage zurückkommen sollte. Bismarcks Randbemerkung: „Abwarten“ (2).

Also äußerste Zurückhaltung bei Bismarck Sohn und Vater! Daraus wird bei Nowak (S. 231), dessen Darstellung offenbar auf Angaben des Kaisers zurückgeht: der Kanzler habe seinen Sohn „bei allen Staatsmännern in London herumgeschickt, um selbst den Inseltausch durchzusetzen“; aber seine Bemühungen seien vergeblich gewesen. Wieder die Tatsachen ins Gegenteil gekehrt, wieder bei Nowak die gleiche, unverantwortliche Nichtachtung der gedruckt vorliegenden Quellen!

Bismarck wird (S. 13) beschuldigt, die Briefe der Kronprinzessin Friedrich an ihre englische Mutter und deren Antworten geöffnet zu haben. Die Beschuldigung wäre nachzuprüfen gewesen, seitdem das Buch Ponsonbys über diesen Briefwechsel vorliegt. So reich dieses Buch und die Briefe der Kronprinzessin und Kaiserin Friedrich an Vorwürfen gegen Bismarck sind: für diesen Vorwurf findet sich keine Stütze darin. Bismarcks Urteile über die Kaiserin aber wären unverständlich, wenn er ihre Briefe

(1) Ereignisse und Gestalten S. 68—71. Vgl. O. Hammann, Die Entstehung der Krügerdepesche; A. O. Meyer, Fürst Hohenlohe und die Krügerdepesche. Beides im Archiv für Politik und Geschichte Bd. 2, 1924.

(2) Dipl. Akt., Bd. 4, S. 408f. 411—413.

gekannt hätte (1). Herbert Bismarck, der sehr viel schärfer über sie urteilte, hat sich immer gewundert, wie milde, ja zuweilen warm, sein Vater über die Kaiserin sprach. „Mein Vater stand unter dem Charme dieser Frau“ (2). Dieser Charme wäre sicher verflogen, wenn Bismarck ihre Briefe gelesen hätte.

Die Fülle der Entstellungen zu widerlegen, aus denen die Darstellung von Bismarcks Entlassung bei Nowak zusammengesetzt ist, würde keinen Exkurs, sondern ein Buch erfordern. Die Literatur über die Entlassung ist überreich und enthält die Widerlegung. Nowak hat keine Notiz von ihr genommen. Aber ein Wort über sein Kapitel „Der Abdruck der Bündnisse“ gehört noch hierher. In voller Verkenntnis der Elastizität des Bismarckschen Bündnisssystems, das Deutschland, wenn der Friede Europas einmal zerbrach, in dem großen Gegenspiel zwischen Rußland und England freie Hand ließ, schildert Nowak den Kanzler als selber verstrickt in das nach allen Seiten hin gespannte Netz seiner Verträge. Diese Darstellung aber schließt (S. 103), auf daß die Klimax nicht fehle, mit einem berühmten Wort Bismarcks selbst, das alles bestätigen muß. „Le prince de Bismarck a le cauchemar des coalitions! stellte Peter Graf Schwalow fest, Rußlands Botschafter in London. Nécessairement! erwiderte der Kanzler, als man ihm das Wort erzählte. . . Der Abdruck der Verträge lastete auf dem Kanzler drückender als der Botschafter ahnte. Der Fürst schließt schlecht in dieser Zeit.“

Mit „dieser Zeit“ ist das Jahr 1889 gemeint. Nowak zählt auch die Bündnisse auf, die dem Kanzler den Schlaf raubten: Dreibund, Rückversicherungsvertrag Mittelmeervertrag. Allein Bismarcks Geständnis, daß der Abdruck der Bündnisse auf ihm lastete, stammt aus dem Jahre 1877, aus der Zeit, als Deutschland ohne Bündnisse in Europa stand (3). Es bezieht sich bekanntlich auf Bismarcks Sorge vor Bündnissen, die gegen Deutschland geschlossen werden könnten. Das Wort wird also durch Nowak im entgegengesetzten Sinne gebraucht, als es gemeint war. Die Kasuistik der Morallehrer des 16. und 17. Jahrhunderts nennt das eine „aequivocatio“ oder „amphibologia“. Die deutsche Sprache hat schärfere Worte dafür. Wer aber mit solchen Taschenspielertricks Geschichte zu schreiben unternimmt, handelt gewissenlos, doppelt gewissenlos, wenn das Ziel ist, den größten Staatsmann der Nation und sein Werk herabzuziehen.

Unverhüllt zutage tritt dieses Ziel in dem Streben, das Regierungssystem Bismarcks als innerlich korrupt hinzustellen. Wie der juristische Berater des Kanzlers, Ferdinand Philipp, erzählt, plauderte der Fürst einmal bei Tisch über die Behandlung deutscher Kleinstaaten und erwähnte dabei auch, „daß Kurhessens Betritt zum Zollverein 100 000 Taler gekostet habe, die eine Dame bekommen habe“ (4). Kurhessen ist dem Zollverein im Jahre 1831 beigetreten; mit der „Dame“ dürfte die Maitresse des Kurfürsten, Gräfin Reichenbach, gemeint sein. Diese Geschichte aus Großvaters Zeit wird bei Nowak (S. 174) in die Zeit Bismarcks verlegt: „Er (B.) hatte dem Kurfürsten von Hessen in den Tagen des Zollvereins hunderttausend Taler geschickt, um ihn gefügig zu machen. Der Kurfürst hatte die Taler genommen. Er gehorchte.“

(1) H. O. Meyer, Kaiserin Friedrich und Bismarck. Süddeutsche Monatshefte 26. Jahrgang (August 1929) S. 798. Vgl. H. O. Meisner, Kaiserin Friedrich. Preuß. Jahrbücher März 1929.

(2) Mitteilung der Fürstin Bismarck.

(3) Gedanken und Erinnerungen Bd. 2, S. 224. Dipl. Akt. Bd. 2, S. 154.

(4) Philipp, Bismarck. Vertrauliche Gespräche (Dresden 1927) S. 44.

Da Quellenangaben hier, wie in dem ganzen Buche fehlen, kann der Leser nicht nachprüfen, daß Bismarck zur Zeit dieser Besetzungsgeschichte als Primaner das Gymnasium zum Grauen Kloster besuchte.

Was Nowak auch von Bismarck erzählt, ob er aus Eigenem schöpft oder aus den Angaben seines kaiserlichen Gewährsmannes: es dient alles nur der Sensation, nicht der geschichtlichen Wahrheit. Unglaublich, weil innerlich unmöglich, unbismarckisch in jedem Zuge, ist auch die Erzählung (S. 200 f.), wie Bismarck den neu ernannten Chef des Zivilkabinetts, Lucanus, zu bestechen sucht. Bismarck in der Rolle des Kalifen aus Tausend und Einer Nacht, der seinem Gast den bereitgehaltenen großen Beutel mit Zehinen über den Tisch reicht — ! Das Bild könnte erheitern, wenn der kaiserliche Gewährsmann Nowaks nicht öffentlich dafür eingetreten wäre (1), und wenn der Kern der Groteske nicht in den Worten läge, die Bismarck dem unbestechlichen Lucanus mit ehrlicher Überraschung zuruft: „Sie sind der erste, der nichts nimmt. Meine Minister haben alle genommen!“ Das sollte bewiesen werden: die sittliche Fäulnis des Bismarck'schen Regiments. Die Geschichte, von der im Hause Lucanus nie das Geringste bekannt geworden ist (2), liest sich wie ein phantastischer Traum, den in Tagen des Zerwürfnisses mit Bismarck Haß und Groll dem Kaiser so anschaulich eingegeben haben, daß er es erlebt zu haben meinte. Für den Historiker steht eins fest: ein Gedächtnis, das so in die Irre geht, wie es oben von dem Wilhelms II. gezeigt wurde, ist als historische Quelle unverwendbar (3). Nur ein nach Sensation haschender Schriftsteller, dem jeder historische Sinn ebenso abgeht wie jedes psychologische Gefühl, den kein Bewußtsein wissenschaftlicher Verantwortung hemmt, konnte sich dazu hergeben, dieses Phantaststück einzureihen in die Gebilde seiner eigenen Phantasie. Die Nachkommen der Minister aber, die „alle genommen“ haben, werden ihm die schuldige Antwort wohl selber noch geben.

N a c h w o r t.

Der Druck war vollendet, als die Deutsche Allgemeine Zeitung am 15. und 21. März noch je einen Schlußartikel der Kontroverse Kardorff-Nowak brachte, zugleich mit der Ankündigung, daß die ganze Artikelreihe als Flugschrift erscheinen werde. Die Ausdauer, mit der Nowak einen verlorenen Posten verteidigt, könnte Anerkennung erzwingen, wenn seine Dialektik bei Auslegung der Quellen weniger willkürlich, sein Ton weniger hochmütig und herausfordernd unsäglich wäre.

(1) „The incident between Bismarck and His Excellency von Lucanus described by Nowak corresponds word for word with the account given to me by my former chef de cabinet.“ Evening Standard, 20. Dezember 1929.

(2) Mitteilung seines Sohnes, Oberleutnant Friedrich von Lucanus.

(3) Welchen Wandlungen das Erinnerungsbild des Kaisers auch in letzter Zeit noch unterliegt, zeigt ein Vergleich der Darstellung, die Nowak erhalten hat, mit der vor acht Jahren in den „Ereignissen und Geschehnissen“ (S. 23) durch den Kaiser selbst gegebenen: nach dieser hätte Bismarck „während der letzten Zeit seiner Kanzlerschaft“ dem Kaiser „die ersten Andeutungen über den geheimen Rückversicherungsvertrag mit Rußland“ gemacht. Nach Nowak hätte der Kaiser vor Caprivi's Mitteilung „von dem Bestehen eines Geheimvertrages mit Rußland nie ein Wort gehört.“ Man sieht hier, wie der Irrtum sich steigert.

Es gehört eine starke Stirn dazu, Bismarcks Satz aus dem Briefe vom 9. Mai 1888: „Die geheimen Verträge, welche wir mit Rußland haben, sind Ew. Kaiserlichen Hoheit bekannt“ (S. ob. Seite 30f.) nicht auf Verträge Deutschlands mit Rußland zu beziehen, sondern darauf, daß Prinz Wilhelm vor seiner russischen Reise des Jahres 1886 über Deutschlands Bündnisse mit Oesterreich und Italien sowie allgemein über die russischen Beziehungen orientiert worden ist. Wer so gewaltsame Auslegungen macht, ist am Ende seiner Mittel angelangt.

Nowaks Versuch, aus der Antwort, die der Kronprinz am 10. Mai an Bismarck richtete, Argumente dafür zu gewinnen, daß der Kronprinz den Rückversicherungsvertrag nicht kannte, ist in der Hauptsache bereits durch Kardorff hinreichend abgetan: dieser zeigt am Beispiel Bismarcks, daß Kenntnis des Rückversicherungsvertrages durchaus vereinbar war mit Sorge vor einem Kriege mit Rußland, wie sie der Kronprinz hegte. Zu widerlegen bleibt nur noch das im ersten Augenblick wirksame Argument, der Kronprinz hätte vor Unterstützung des Baffenbergers unmöglich warnen können, wenn er den Rückversicherungsvertrag kannte, in dem Deutschland diese Unterstützung ja ausdrücklich ablehnt. Gewiß, eine solche Warnung an Bismarcks Adresse war überflüssig. Es erklärt sich aber leicht aus der Lage, warum der Kronprinz in seinem Brief an Bismarck eine etwaige Protegierung des Baffenbergers verurteilt. Waren doch erst vierzehn Tage seit dem Berliner Besuch der Königin von England vergangen, die in den leidenschaftlichen Kampf ihrer Tochter, der Kaiserin Friedrich, für die Sache des Baffenbergers eingriff und sich mit dem ganzen Gewicht ihrer Autorität für den Standpunkt Bismarcks einsetzte. Sie hatte Erfolg; aber wer konnte wissen, ob der Kampf nicht wieder ausbrechen würde? In dieser Lage durfte der Kronprinz glauben, es werde für Bismarck wertvoll sein, zu wissen, daß er auf seiner Seite stand. Bismarck selbst hat diese Stelle des Kronprinzenbriefes unterstrichen und ein Ausrufungszeichen an den Rand gesetzt.

Bismarcks Promemoria für Kaiser Wilhelms Petersburger Reise im Juli 1888 rekapituliert, wie oben (S. 32) dargetan wurde, den Inhalt des Rückversicherungsvertrages in allen wesentlichen Punkten. Nowak übersieht das und greift nur den Satz heraus: „Das österreichische Bündnis besitzen wir, das russische aber nicht.“ Damit soll bewiesen sein, daß Bismarck dem Kaiser nichts vom Rückversicherungsvertrag gesagt hatte! War dieser Vertrag denn ein Bündnis? Seit wann ist ein Neutralitätsvertrag ein Bündnis? Fehlen Nowak die elementarsten völkerrechtlichen Begriffe, oder ist ihm jedes Mittel recht, um dem Zeitungsleser Sand in die Augen zu streuen? Es kostet Überwindung, zur Widerlegung so nichtiger Dialektik die Feder anzusetzen.

Im Kampfe für die hoffnungslose These von der Verheimlichung des Rückversicherungsvertrages bis zur Entlassung des großen Kanzlers geht Nowak schließlich getreu dem bismarckfeindlichen Geiste seines Buches, zur schärfsten Offensive gegen Herbert Bismarck über. Er wirft ihm zweierlei vor: 1. soll Herbert Bismarck die Unwahrheit gesagt haben, als er sich — in seinem Schreiben vom 20. März 1890 an Kaiser Wilhelm II. (1) — auf die bald nach dem 10. Februar erteilte Ermächtigung des Kaisers zur Erneuerung des Rückversicherungsvertrages berief. Er soll 2. die verhängnisvolle Wirkung von Bismarcks Entlassung auf die schwebenden Verhand-

(1) Dipl. Akf. Bd. 7, S. 4.

lungen benutzt haben, um durch „eine dokumentarisch belegte Falschmeldung“ einen Versuch zu machen, seinen Vater im Amte zu halten.

1. Die erste Behauptung wird doppelt gestützt. Nowak fragt: wenn wirklich eine kaiserliche Ermächtigung zur Erneuerung des Rückversicherungsvertrages vorlag, warum ist diese Erneuerung dann nicht sofort nach Schuwalows Rückkehr aus St. Petersburg (17. März) vollzogen worden? Nowak antwortet: weil jene angebliche Ermächtigung in Wahrheit eben nicht vorlag! Er kann sich dabei auf eine ihm schriftlich gegebene Erklärung des früheren Kaisers berufen: nur für „Erneuerung und eventuelle Befestigung unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland“ habe der Kaiser seine Genehmigung erteilt; daraus habe Herbert Bismarck den irrthümlichen Schluß gezogen, der Kaiser habe „die Erlaubnis zur Verlängerung des Geheimabkommens bei Kenntnis des wirklichen Inhalts desselben gegeben. Das ist falsch.“

Nein! Es ist richtig. Wenn es wirklich falsch wäre, wie Wilhelm II. heute annimmt, wie erklärt er dann zunächst seine eigene Behandlung des Schreibens Herbert Bismarcks vom 20. März? Zu Graf Herberts Erinnerung, daß der Kaiser den Fürsten Bismarck ermächtigt habe, dem russischen Botschafter zu sagen, „daß Allerhöchstdieselben geneigt seien, den in drei Monaten ablaufenden geheimen Vertrag zu erneuern“, findet sich keine Randbemerkung, kein Widerspruch, kein Fragezeichen auch nur! Aber neben Herberts Mitteilung, daß nach Bismarcks Entlassung „russischerseits auf eine Verlängerung des Vertrages verzichtet würde“, begegnet uns sofort eine kaiserliche Randbemerkung: „warum?“ Damit ist zwingend erwiesen, daß der Kaiser nichts zu erinnern fand gegen die Feststellung seines Einverständnisses mit Erneuerung — nicht etwa nur (wie er heute meint) unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland (1) —, sondern mit der Erneuerung des „in drei Monaten ablaufenden geheimen Vertrages“. Der Kaiser wird also schon durch sich selber urkundlich widerlegt. (Nowaks Frage, warum diese Erneuerung nicht sofort nach Schuwalows Rückkehr vollzogen wurde, ist leicht beantwortet: weil Schuwalow nur Vollmacht zum Abschluß der Verhandlungen mit Bismarck Vater und Sohn hatte.)

Der Kaiser wird des weiteren urkundlich widerlegt durch den amtlichen Bericht des Grafen Schuwalow über seine Unterredung mit Wilhelm II. am 21. März. Danach hat der Kaiser den Botschafter zu bestimmen gesucht, den Rückversicherungsvertrag trotz Bismarcks Entlassung zu erneuern, und zwar mit Graf Herbert, den er im Amte zu halten hoffte. Und im Anschluß daran hat der Kaiser dem Botschafter gesagt: „Der Kanzler war ermächtigt, die Verhandlungen zu dem erstrebten Ziele zu führen. Nichts hat sich geändert“ (2). Damit ist Graf Herberts Behauptung,

(1) Was bedeutet überhaupt Erneuerung freundschaftlicher Beziehungen im März 1890? Nach der russischen Reise Wilhelms II. im Juli 1888 und nach dem Gegenbesuch Alexanders III. im Oktober 1889 konnte der Kaiser doch wirklich nicht erst im Februar 1890 die Genehmigung zur Erneuerung der „freundschaftlichen Beziehungen“ im allgemeinen erteilen, sondern nur die zur Erneuerung irgendwelcher positiver Abmachungen.

(2) S. Gortainow, *The End of the Alliance of the Emperors*. *American Historical Review*, Bd. 23 (1918) S. 343. Der „Historiker“ Nowak benutzt den hier in englischer Übersetzung größtenteils abgedruckten Bericht Schuwalows freilich nur nach einer aus dem Gedächtnis gemachten Inhaltsangabe des deutschen Botschafters in

daß der Kaiser den Fürsten Bismarck zur Erneuerung des Rückversicherungsvertrages ermächtigt habe, in denkbar authentischer Form als Wahrheit erwiesen, die heutige Ablehnung dieser Ermächtigung durch den Kaiser aber, und damit seine angebliche Unkenntnis des Rückversicherungsvertrages, als Irrtum.

Wenn es etwas gibt, was diesen in einer so wichtigen Sache überaus befremdenden Irrtum erklären kann, so ist es die Tatsache, daß der Kaiser, bei Bismarcks Entlassung noch Anhänger der Vertragserneuerung, kurz darauf unter dem Einfluß der Männer des neuen Kurses umfiel(1) und sich einreden ließ, der Geheimvertrag mit Rußland widerspreche den Bündnispflichten gegen Österreich. Diese Vorstellung, die Loyalität gegen Österreich habe die Auflösung der Rückversicherung mit Rußland geboten, bildete die Rechtfertigung des Kaisers vor seinem eigenen Gewissen. So vergaß er schließlich, daß er selber anfangs die Erneuerung gewünscht hatte, und fing an zu glauben, daß erst Caprivi ihn über den Geheimvertrag selbst und über dessen angebliche Illoyalität aufgeklärt habe.

2. Nach Nowaks Behauptung ist die weitere Mitteilung Herbert Bismarcks vom 20. März, daß nach dem Sturze des Kanzlers „russischerseits auf eine Verlängerung des Vertrages verzichtet würde“, eine „dokumentarisch belegte Falschmeldung“. Schuwalow hätte nicht von Verzicht gesprochen, sondern nur von der Notwendigkeit, wegen des Kanzlerwechsels neue Weisung von seiner Regierung einzuholen. Graf Herbert soll sich also — nach Nowak —, um seinen Vater im Amte zu halten, am 20. März schriftlich auf eine glatte Lüge festgelegt haben, von der er sich sagen mußte, daß sie am 21., dem Tage von Schuwalows Audienz beim Kaiser, unvermeidlich enthüllt werden würde. Eine solche Stümperei kann man einem so klugen Diplomaten wie Herbert Bismarck nicht vertrauen, sondern muß von vornherein annehmen, daß er für seine Meldung Grundlagen hatte. Und diese hatte er in der Tat in vollem Maße. Als Schuwalow am 17. März von der bevorstehenden Entlassung Bismarcks hörte, war er außer sich darüber, daß das mit vieler Mühe vorbereitete Werk nun zu scheitern drohte, erklärte Vollmacht nur zur Verhandlung mit den beiden Bismarcks zu haben, und sagte zu Herbert, wenn er und sein Vater abgingen, würden die Verhandlungen ins Wasser fallen(2) — eine Voraussage, die leider nur zu bald in Erfüllung gegangen ist! Aus der subjektiven und nur allzu richtigen Überzeugung Schuwalows, daß nun alles aus sei, hat also Herbert Bismarck, der Schuwalows Befürchtung teilte, die objektive Meldung gemacht, daß Rußland verzichte.

Gewiß hat er damit die Erklärung des Botschafters in einer Weise umgebogen, die unter normalen Verhältnissen unzulässig und belastend gewesen wäre. Er hat aber nicht unter normalen Verhältnissen gehandelt, sondern hat mit seiner, die Worte

St. Petersburg, v. Schweinitz, dem der russische Minister Giers den Bericht Schuwalows vorgelesen hatte. In dieser Inhaltsangabe (Dipl. Akt. Bd. 7, S. 21) fehlen so wichtige Äußerungen wie die oben angeführte des Kaisers über die Ermächtigung Bismarcks, während anderes ungenau wiedergegeben wird. Nowaks Fahrlässigkeit wiegt um so schwerer, als die Herausgeber der „Dipl. Akt.“ den Benutzer ausdrücklich „zur Kontrolle“ auf GoraiNOW hinweisen.

(1) Vgl. die vortreffliche Darstellung von Richard Frankenberg, Die Richtererneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages (Berlin 1927) Kap. 2.

(2) Frankenberg S. 32. Gedanken und Erinnerungen Bd. 3, S. 101.

Schuwalows verschärfenden Fassung in höchster Notlage, d. h. im höchsten vaterländischen Interesse — um den Rückversicherungsvertrag zu retten — nur einen letzten Versuch gemacht, die Entlassung seines Vaters so lange hinauszuzögern, bis dieses für Deutschland unendlich wichtige Werk unter Dach gebracht sei.

Wie verlief nun Schuwalows Audienz am 21. März? — Der Kaiser hält dem Vorschaffer natürlich Herbert Bismarcks Meldung entgegen, „daß Sie (Schuwalow) zwar ermächtigt waren, die Verhandlungen über die Erneuerung des Geheimvertrages fortzusetzen, sie aber jetzt (nach Bismarcks Entlassung) aufgegeben hätten. Warum?“ (1). Schuwalow erwidert, er wisse ja nicht, mit wem er zu verhandeln habe. Es ist, als wolle er den Kaiser fühlen lassen, was von der Entlassung Bismarcks abhängt. Er desabouiert den Grafen Herbert nicht, weil er sich im Grunde mit ihm eins weiß. Der Kaiser merkt wohl, daß etwas nicht stimmt, und sagt Herbert Bismarck wenige Stunden später, er habe Schuwalow mißverstanden (2). Aber er denkt so wenig daran, ihm aus seiner Meldung vom 20. März einen Vorwurf zu machen, daß er sich vielmehr noch Tage lang mit allen Mitteln bemüht, ihn als Staatssekretär im Amte zu halten. Es war vergebens: inzwischen gewann Holstein in der Stille den neuen Kanzler, Caprivi, für Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages.

Diese Dinge sind jedem Fachmanne längst bekannt, sind in Frankenbergs gründlichem Buch in allen Einzelheiten dargestellt, ohne daß es jemandem eingefallen wäre, daraus gegen Herbert Bismarck den Vorwurf einer „dokumentarisch belegten Falschmeldung“ abzuleiten, den Kampf für eine politische Lebensfrage Deutschlands auf das Gebiet des Persönlichen und Moralischen hinüberzuschieben. Nur wer die furchtbare Tragödie dieser Schicksalsstunde innerlich nachzuleben unfähig ist, kann sich so im Maßstabe des Urteils vergreifen wie Nowak, und in dem Allen nichts sehen als eine Falschmeldung Herbert Bismarcks „zu dem begreiflichen Versuch, die Kanzlerschaft des Fürsten doch zu retten.“ Es ging nicht um die Kanzlerschaft Bismarcks — es ging, wie wir heute wissen, und wie Herbert Bismarck schon damals wußte, um Deutschlands Wohl und Wehe.

Damals ist die deutsche Politik durch Unkundige verpfuscht worden. Heute brechen Unkundige in die Geschichtsschreibung ein. Das Betrübenste an Nowaks Buch aber ist, daß ihm nicht nur historische Methode, kritischer Sinn und Kenntnis der Quellen abgehen, sondern vor allem die Ehrfurcht, die der Historiker haben muß, der es unternimmt, an die Großen der Weltgeschichte heranzutreten. Und es ist ein unsagbar trauriger Anblick, den letzten Träger der durch Bismarck geschmiedeten Kaiserkrone im Bunde mit einem Tagesschriftsteller, der in der Geschichtsschreibung so unglücklich dilettiert wie Nowak, gegen Bismarck kämpfen zu sehen.

(1) Gorjainov 343.

(2) Gedanken und Erinnerungen Bd 3, S. 105.

Im selben Verlag erschien soeben:

Konrad Beyerle,

Geheimrat, o. Professor der Rechte an der Universität München, ehemaliges Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags, stellvertretender Vorsitzender der Görresgesellschaft:

Zehn Jahre Reichsverfassung

44 S. gr. 8°. Kart. Mk. 1.80.

Aus einigen der vielen anerkennenden Urteilen:

Der bekannte Münchener Universitätsprofessor gibt einen gedrängten, durch die Klarheit und die Wärme der inneren Anteilnahme ausgezeichneten Überblick über die am Werk von Weimar verdienten Persönlichkeiten und über den geschichtlichen Werdegang desselben, um schließlich in einer Würdigung seine großen Vorzüge und die steigende Anerkennung hervorzuheben, die es im Leben des Staatsvolkes wie von Seite der Fachwissenschaft findet, aber auch jene Fragen zu kennzeichnen, die noch ungelöst sind. Die feine Art, von staats-erzieherischen Gesichtspunkten her die deutsche Reichsverfassung zu behandeln, die die Hand dessen erkennen läßt, der von diesen Gesichtspunkten aus einen wesentlichen Teil der Verfassung selbst mitgeprägt hat, läßt der Schrift weiteste Verbreitung wünschen.

M.

(Aus „Das Neue Reich“ 26/X, 1929.)

Eine Rückschau auf die Entstehungsgeschichte der gegenwärtigen deutschen Reichsverfassung, die zwei Lustren ihres Bestandes vollendet hat, auf die reichen Mühsale und die mannigfachen Konflikte ihrer Gesetzwerdung. Die Schrift läßt allen politischen Bekenntnissen und Strömungen, sofern sie nur vaterländisch sind, Gerechtigkeit und Würdigung widerfahren. Sie ist von jener unbeirrbar abgeklärtheit, die sich an der Größe des Vergangenen adelt, an der Tragik der eigenen Sendung läutert und am Glauben an Volk und Staat aufrichtet. Im übrigen zeigt auch diese Broschüre, daß die gemäßigt-zentralistischen Kräfte im Reiche an Stärke und Geltung gewinnen.

Dr. Josef Geiger-Südeke.

(Aus „Reichspost“, Wien, 7/X, 1929.)

Die teilweise persönlich gefärbten Mitteilungen, die der Verfasser über die Männer und das Werk von Weimar einfließen läßt, geben seiner Schrift eine besondere Bedeutung und in mancher Hinsicht dokumentarischen Wert. Nicht minder interessant ist das, was der Verfasser über die geschichtlichen Hintergründe der deutschen Reichsverfassung und über den Werdegang des Staates Bayern sowie über die Möglichkeit eines Ausgleiches zwischen Monarchisten und Republikanern ausführt. Beyerles Buch steckt voll ernster tiefer politischer Lehren und wertvoller Anregungen, und sie bietet in dem formvollendeten Gewande, das der Verfasser seinen Gedanken gibt, ein Stück echter und wahrer Staatsbürgerkunde.

(Aus „Kölnische Volkszeitung“ 18/IX, 1929.)

Eine ganz ausgezeichnete sachliche Würdigung des Werdens und Wesens der Weimarer Reichsverfassung, an deren Zustandekommen auch der Verfasser, der allen Föderalisten wohlbekannte Münchener Rechtslehrer (vorher in Göttingen), tätigen Anteil genommen hat, und die überhaupt keineswegs das Werk nur der „Revolutionsparteien“ gewesen ist. Wer sich über die historische Stellung und die dogmatische Bedeutung der Verfassung ebenso wie über ihre Mängel und Lücken, insbesondere auch über ihre föderalistischen Tendenzen, die freilich von Anfang an nur prekärer Art waren, kurz und zuverlässig unterrichten will, möge diese Schrift lesen.

K. Heldmann.

(Aus „Hannoverische Sonderzeitung“ 13/X, 1929.)

Soeben ist erschienen:

DEUTSCH-OESTERREICH KULTURPROBLEME

Herausgegeben von Professor Dr. August Gallinger — München
VIII, 124 S., gr. 8°. Kartoniert Mk. 4.80

Inhalt:

Professor Dr. August Gallinger — München: Vorwort / Professor Dr. Walther Brecht — München: Deutsche Art und Kunst in der österreichischen Dichtung / Professor Dr. Ignatz Kaup — München: Biologische und kulturpolitische Skizzen über Deutschland und Oesterreich / Dr. Friedrich F. G. Kleinwächter — Klagenfurt: Der Deutsch-Oesterreichische Mensch / Professor Dr. Hans Nawiasky — München: Der Deutsch-Oesterreichische Staat / Professor Dr. Franz Rapp — München: Theater in Oesterreich / Privatdozent Dr. Hans Riehl — Wien: Das Stadtbild Wiens in seiner Entwicklung / Privatdozent Dr. Hans Riehl — Wien: Deutsches Siedlungswesen und Kunstschaffen in Oesterreich.

Aus den ersten Urteilen:

Ein Buch, in dem Oesterreich in seiner ganzen Geistigkeit und Besonderheit lebendig wird, . . . Ein gutes Handbuch.

(Aus: Tagespost, Nr. 67, 1930.)

Von einem Pathos leicht beschwingt, bringt dieses Buch eine Sammlung mit Fleiß und Gründlichkeit zusammengestellter Themen. Ein Leitfaden von München ausgehend, quer über die deutsch-österreichische Seele, mitten in das Stadtbild Wiens, und seiner Entwicklung hinein, scheint es besondere Eignung für Schulzwecke zu zeigen.

(Aus: Hamburger Anzeiger, Nr. 47, Februar 1930.)

Die Schrift rückt das österreichische Problem klar ins allgemeine deutsche Blickfeld. Es ist geboten sich mit ihr zu beschäftigen.

(Aus: Der Tag, Nr. 66, März 1930.)

Zur Förderung des Verständnisses von der Bedeutung des österreichischen Bruderstammes für die Gesamtheit der deutschen Kultur, in dem ausgezeichnete Kenner der „deutsch-österreichischen Kulturprobleme“ sprechen, sind nach der Bedeutung ihrer Verfasser und dem Werte ihres Inhalts wohl geeignet, über die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Deutschösterreich aufzuklären und für ihre Vertiefung und Festigung werbend zu wirken.

(Aus: Alldeutsche Blätter, Nr. 5, 1930.)

MAX HUEBER / VERLAG / MÜNCHEN 2 NW 12